

# AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



4 / 2012

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51  
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: [info@apb-tutzing.de](mailto:info@apb-tutzing.de)



*Kontroverse Diskussionen über Auswege aus der europäischen Krise: Theo Waigel, Joachim Poß, Hans-Werner Sinn, Peter Gauweiler und Jo Leinen (von links)*

## Strittige Thesen über die Zukunft des Euro und Europas

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Euro-Rettungsfonds ESM und Fiskalpakt sowie die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union – das waren die Termine, um die herum sich gleich mehrere Akademietagungen mit dem Zustand Europas und des Euro beschäftigten.

Angesichts einer Verschuldungskrise in bisher nie gekanntem Ausmaß fragte eine Tagung nach der Stabilität unserer Währung und der Demokratie in Europa. Prominente Redner waren ifo-Chef Hans-Werner Sinn, der frühere Bundesfinanzminister und CSU-Vorsitzende

Theo Waigel und der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Joachim Poß.

Und wenige Tage, nachdem die Europäische Union den Friedensnobelpreis zugesprochen bekam, trafen sich Peter Gauweiler und Jo Leinen beim Akademiegespräch im Landtag zu einem europapolitischen Schlagabtausch. Der CSU-Politiker Gauweiler ist einer der prominenten Kläger gegen den Europäischen Stabilitätspakt vor dem Bundesverfassungsgericht. Leinen sitzt für die SPD im Europäischen Parlament und war zwischen 1985 und 1994 Umweltminister des Saarlandes. Die über 400 Gäste erwarteten zu Recht eine kontroverse Debatte.

Schließlich wurden die wundesten Punkte auf dem steinigen Weg zu einer politischen Kultur im Donaauraum beim 15. Passauer Tetralog im Rahmen der Europäischen Wochen (EW) offengelegt.



*Europäische Raser*

*Zeichnung: Tomicek*

**Siehe Seite 3 - 8**

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Die Zukunft Europas im Schatten der Schuldenkrise</b>	3
<i>46. Akademiegespräch im Landtag:</i> <b>„Die Nationalstaaten werden durch die EU geschwächt“</b>	6
<i>15. Passauer Tetralog:</i> <b>„Wir leben sozial alle über unsere Verhältnisse“</b>	7
<b>„Politische Bildung ist Verfassungsschutz“</b>	9
<b>Diebe, Daten, Dunkelmänner</b>	12
<b>Die Macht des Codes</b>	13
<b>Zukunftspfade in die Elektromobilität</b>	16
<b>Ein menschliches Antlitz für die Globalisierung</b>	18
<b>Akademie toppt ihr Landkreislauf-Ergebnis erneut</b>	20
<b>Ein Starterkit für den Berufseinstieg</b>	21
<b>Feiern am See</b>	22
<b>Für ein Miteinander der Kulturen</b>	23
<b>Strategien und Argumente gegen politischen Extremismus</b>	24
<b>Vorbild Europa für den Nahen Osten?</b>	25
<b>Spuren der Geschichte in Sibirien</b>	26
<b>Forschen im transnationalen Raum</b>	27
<b>Literaturherbst in der Akademie</b>	29
<b>Frühes Engagement für Frauenpolitik</b>	30
<b>Thüringer mit Lederhose</b>	31
<b>Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen</b>	32
<b>Pressespiegel</b>	33
<b>Themen – Tagungen – Termine</b>	38
<b>Namen und Nachrichten</b>	44

*Akademiedirektorin:*

Prof. Dr. Ursula **Münch**

*Vorsitzender des Kuratoriums:*

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

*Vorsitzender des Beirats:*

K. Heinz **Eisfeld**

*Kollegium:*

Dr. Saskia **Hieber**, Dozentin (beurlaubt)  
Internationale Politik

Dr. Ondrej **Kalina**  
Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero **Kellermann**, Dozent  
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael **Mayer**  
Zeitgeschichte

Dr. Anja **Opitz** (kommissarisch)  
Internationale Politik

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent  
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent  
Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

**Juliane Schwab** (Wissenschaftl. Mitarbeiterin)  
(BMBF-Projekt „Gute Wissenschaft“)

Dr. Manfred **Schwarzmeier**  
Organisationsreferent  
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg **Siegmund** M.A.  
Pers. Referent der Direktorin  
Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Dr. Michael **Spieker**  
Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

*Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:*

**Sebastian Haas**

## **Akademie-Report**

Herausgeber:

**Akademie für Politische Bildung**  
Buchensee 1 82327 Tutzing  
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14  
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>  
E-Mail: [K.Sittkus@apb-tutzing.de](mailto:K.Sittkus@apb-tutzing.de)

Redaktion:

**Prof. Dr. Ursula Münch** (verantw.)  
**Dr. Michael Schröder** (Redaktion und Gestaltung)  
Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

**Satz & Druck Peter Molnar**  
Greinwaldstr. 11 82327 Tutzing

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

# Die Zukunft Europas im Schatten der Schuldenkrise

**E**inen Rettungsschirm nach dem anderen spannt der Bundestag über dem Euro auf. Staatsschulden klettern auf Rekordhöhen, Banken und Länder im Süden Europas stehen am Abgrund. Angesichts einer Verschuldungskrise in bisher nie gekanntem Ausmaß fragte eine Tagung\* nach der Stabilität unserer Währung und der Demokratie in Europa. Nährt die Euro-Debatte nationalistische und separatistische Strömungen? Haben Populismus und Extremismus wieder mehr Aufwind in Europa? Führt ein Weg zurück zur D-Mark? Und wie soll Europa in Zukunft aussehen?

Der Zeitpunkt für die Tagung „Von der Schulden- zur Systemkrise?“ hätte nicht aktueller und besser gewählt werden können. Vier Wochen zuvor hatte das Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsmäßigkeit des Rettungsfonds ESM und des Fiskalpakts geurteilt. Und am letzten Tag der Tagung schloss Bundesfinanzminister Schäuble in Singapur einen griechischen Staatsbankrott und den Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone aus.

## Grexit-Strategie

Das glatte Gegenteil vertrat Hans-Werner Sinn. Der Direktor des Münchner ifo-Instituts ist für deutliche Worte und eine klare Aussprache bekannt. Er liebt die medienwirksame, zuge-spitzte These.

Sinn zeichnete in Tutzing ein düsteres Bild von der aktuellen Lage des Euro – und sieht keine positive Perspektive für Griechenland beim Verbleib in der Euro-Zone. Seine Analyse: „Die südlichen Krisenländer sind zu teuer.“ Die Wettbewerbsfähigkeit könne nur wieder hergestellt werden, wenn die Güterpreise sinken. Steuer- und Verwaltungsreformen seien dagegen nicht entscheidend. In der jetzigen Situation sei Griechenland ein Fass ohne Boden: „Mit dieser Strategie wird Griechenland am Euro zerbrechen und wir

opfern eine ganze Generation. Wenn die Griechen weiter teure Tomaten und Gurken aus Holland importieren, statt ihre eigenen Oliven zu essen, werden sie nicht aus der Krise finden. Sie müssen für den eigenen Bedarf billig produzieren“, sagte Sinn.



*Nichts Positives über Griechenland: ifo-Chef Hans-Werner Sinn  
Fotos: Haas*

Die Europäische Zentralbank EZB finanziere mit Käufen von Staatsanleihen die Krise. Bislang seien dafür 212 Milliarden Euro ausgegeben worden. Die ständige deutsche Opposition gegen diesen Kurs werde Folgen haben, verkündete der ifo-Chef – ohne aber ins Detail zu gehen.

Sinn sieht trotz des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom September 2012 kaum eine demokratische Legitimierung für alle diese europäischen Rettungssummen.

## Euro-Kern-Zone

Bisher sind nach seinen Angaben 1,4 Billionen Euro an Garantien gegeben – davon vier Fünftel direkt über die EZB und ohne Mitsprache der Parlamente. Er plädiert statt des bisherigen Kurses für einen temporären Austritt der Krisenländer aus der Euro-Zone und eine Verdichtung auf einen Kern stabiler Länder.

Mit dieser Forderung erntet er Widerspruch beim ehemaligen Bundesfinanzminister Theo Waigel. Aus dessen Sicht ist das vereinte Europa mit der gemeinsamen Währung ein voller Erfolg und hat den Friedensnobelpreis 2012 verdient. Er ist überzeugt: Der Euro kann und soll gerettet werden: „Wer glaubt, dass ohne Euro alles besser wird, der täuscht sich gewaltig“, meinte Waigel und sprach sich auch gegen eine Nord-Süd-Union in Europa aus.

Waigel gilt als einer der Väter des Euro. Er gibt heute zu: „Griechenland hätte nie aufgenommen werden dürfen.“ Bei der „Erziehung“ der Mitgliedsländer sei man außerdem zu lange zu nachlässig gewesen. Ein großer Vertrauensverlust in Politik und Währung sei eingetreten, als man den Stabilitätspakt in dem Moment aufweichte, in dem Deutschland und Frankreich die Kriterien dafür verletzten, während viele kleine Länder noch bestraft wurden.

## D-Mark keine Alternative

Die Rückkehr zur D-Mark sei keine Alternative, weil dann eine 20 bis 30-prozentige Aufwertung folgt. Das würde die Exportindustrie schwächen und die Importe verteuern. Die Euro-Ret-

\* In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung und dem Bayerischen Philologenverband



tung werde aber nur gelingen, wenn in Italien die Rechtspopulisten unter Berlusconi nicht wieder an die Macht kommen, Griechenland endlich seine Strukturprobleme löst, die Finanzmärkte stärker reguliert werden und eine Transaktionssteuer eingeführt wird – auch wenn dies dem Standort Deutschland schade.



*Theo Waigel plädiert für eine Transaktionssteuer*

Dass der ehemalige CSU-Vorsitzende damit eine in der schwarz-gelben Regierung umstrittene Forderung der Sozialdemokraten unterstützt, freute den SPD-Fraktionsvize und Finanzexperten im Bundestag Joachim Poß. Der war sich mit Theo Waigel im Kern über Europa und den Euro einig. Er wandte sich gegen „perverse“ Gehälter und Boni im Finanzsektor und forderte ein Ende der Sozialisierung der Schulden im Finanzmarkt. Das Ende des Euro werde in Europa zu De-Integration führen.

## „Die Krise kostet Geld“

Poß verteidigte die Aufweichung des Stabilitätspaktes. Die flexiblen Regelungen hätten zu größerer Disziplin in guten Wirtschaftszeiten geführt, so wie jetzt bei der Schuldenbremse. Ein Schuldentilgungsfonds dürfe nicht tabuisiert werden.

Poß forderte verbindliche Regeln für eine europäische Bankenaufsicht und wandte sich gegen einen Standortwettbewerb der europäischen Bankenplätze. Er plädierte für mehr Ehrlichkeit in der Debatte und sagte: „Bekennen wir uns zur Wahrheit: Die Krise kostet viel Geld. Der Austritt Griechenlands

kostet Geld, weil er einem Schulden-schnitt gleich kommt und Nichtstun kostet auch Geld.“



*SPD-Fraktionsvize Joachim Poß fordert mehr Ehrlichkeit in der Euro-Debatte*

Der ehemalige Chefvolkswirt der Deutschen Bank Thomas Mayer meinte, dass die großen Lohnunterschiede in der EU ein fundamentaler Geburtsfehler des Euro gewesen sind. „Zum Ausgleich gab es Transferleistungen, die zehn Jahre lang mit billigen Krediten finanziert wurden. Wenn die jetzt fehlen, fehlt auch der Klebstoff des Euro und die Krise ist da.“

Die Debatte über die Abschaffung des Euro werde nur von einer Minderheit geführt. In Wahrheit gehe es darum, wie der Euro in Zukunft aussehen soll. Setzt sich das deutsche Modell einer starken und unabhängigen Zentralbank durch oder kommt es zum Modellwechsel? Mayer sieht das derzeit in Europa favorisierte „lateinische“ – also südeuropäische – Modell einer Zentralbank, die den Staat unterstützt und Schulden finanziert, sehr skeptisch. Er forderte von der Politik, die Scheindebatten zu beenden und stattdessen zu klären, wie Deutschland in dieser schwierigen Situation seine Interessen schützen kann.

## Vielfaches Versagen

Der frühere Akademiedozent Peter Hampe machte als Ursache der gegenwärtigen Krise eine Mixtur aus dem Versagen von Finanzmärkten, Politik und Wissenschaft aus. Überzeugenes

Gewinnstreben dort, zu wenig Bereitschaft zu Kontrolle und Regulierung hier sowie die falschen Deregulierungsrezepte aus der Wissenschaft seien ein verhängnisvolles und explosives Gemisch gewesen. Die Politik verletze die Regeln und dringe nicht auf Einhaltung. Hampe nannte es ein Demokratieproblem, wenn Wahlkämpfe mit Steuersenkungen und Ausgabensteigerungen geführt werden, statt mit Sparprogrammen. Er wies aber auch darauf hin, dass der deutsche Finanzminister ein Profiteur der niedrigen Zinsen sei. Wie viel dadurch in den Haushalten gespart werde, teile das Ministerium nicht mit.

Von einer Euro-Krise mag Bundesbankdirektor Franz Josef Benedikt gar nicht reden. Er spricht lieber von einer „Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise“. Er beschrieb die bislang unzureichenden Regulierungsmechanismen der internationalen Finanzmärkte und zeigte sich zugleich skeptisch, ob die Zielsetzungen von Basel III zum 1. Januar 2013 in Kraft treten können. Sie stehen vor eine Verbesserung der Kapitalausstattung mit einer Erhöhung des Eigenkapitals und einer höheren Qualität und besseren Transparenz der Eigenkapitalbasis. Dazu gehören auch variable und antizyklische Eigenkapitalpuffer, eine Begrenzung des Verschuldungsgrades durch Einführung einer Verschuldungshöchstquote und schließlich die Verbesserung der Liquidität unter Stress durch Einführung von Liquiditätsquoten. Ab 2019 soll die Eigenkapitalquote der Banken von bisher 8 auf bis zu 13 Prozent steigen – darunter das harte Kernkapital von zwei auf sieben Prozent.

## Kontrolle des Finanzmarktes

Die Krise habe gezeigt, dass auch gut kapitalisierte Banken bei übergroßer Fristentransformation oder krisenbedingten Refinanzierungsproblemen ins Straucheln geraten könnten. Daher wird es künftig zwei neue Liquiditätskennziffern geben:

**1. die Liquidity Coverage Ratio (LCR).** Mit dieser Kennziffer wollen die Ban-



kenaufseher sicherstellen, dass die Institute ausreichend hochwertige liquide Mittel vorhalten, um eine akute Stresssituation von einem Monat zu überstehen.

**2. die Net Stable Funding Ratio (NSFR).** Durch diese Kennzahl, die einen Zeithorizont von einem Jahr umfasst, wollen die Bankenaufseher Stabilität über einen längeren Zeitraum erreichen; Banken werden angehalten, ihre Aktivitäten mit einer dauerhaft stabileren Finanzierungsstruktur zu unterlegen.

gemessene, transparente und auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Vergütungssysteme einzuführen; die Bankenaufsicht wurde ermächtigt, die Auszahlung von Boni in bestimmten Fällen zu untersagen.

Zum Handel mit Derivaten liegt ein Gesetzentwurf vor. Danach dürfen bestimmte Derivategeschäfte außerhalb von Börsen künftig nicht mehr direkt zwischen den Geschäftspartnern abgeschlossen werden, sondern müssen über zentrale Clearing-Stellen geleitet werden.

höht werden, damit die von ihm ausgehenden Risiken reduziert werden können. Ziel ist, die Investitionen in Schattenbanken stärker mit Eigenkapital zu unterlegen.

Eine Sicht aus griechischer Perspektive bot Jens Bastian, der Mitglied der Griechenland-Task Force der Europäischen Kommission ist. Er arbeitet nicht nur in Athen, sondern lebt dort seit 14 Jahren und ist mit einer Griechin verheiratet. Seine Bemerkungen standen in krassem Gegensatz zu den rein ökonomischen Thesen Hans-Werner Sinns, der sich um die politische Machbarkeit, Durchsetzung und sozialen Konsequenzen seiner Theorien keine Gedanken macht.

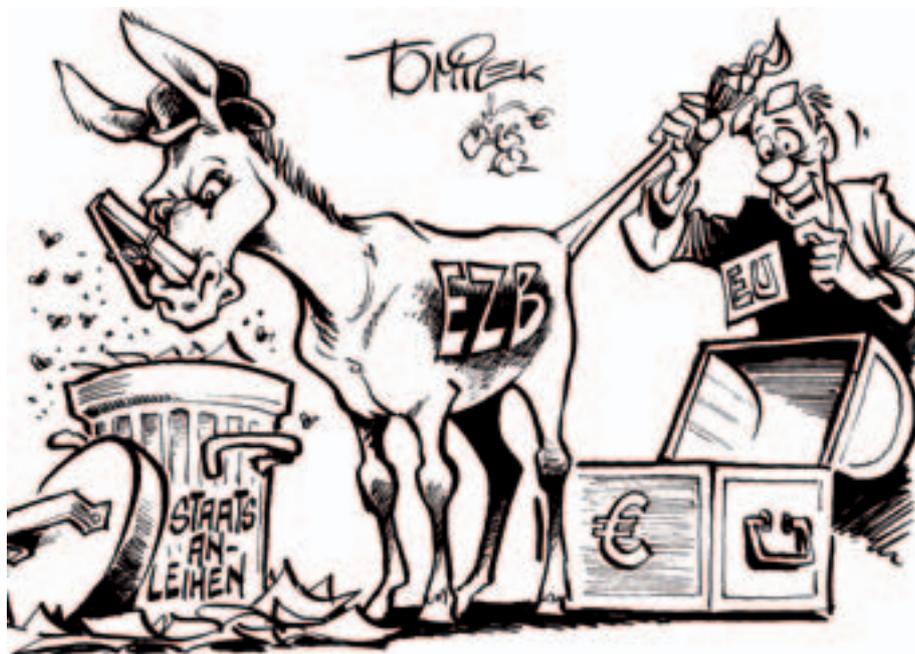
## Verlorene Generation

Bastian sieht das „Hauen und Stechen“ in Griechenland bereits in vollem Gange. Die Furcht vor Weimarer Verhältnissen sei nicht unbegründet, die Demokratie sei in der Krise. Faschisten und Bewunderer Hitlers sitzen bereits im Parlament. Trotzdem sei die letzte Wahl keine Anti-Euro-Wahl gewesen.

Mit Sorge betrachtet Bastian nicht nur die Flucht des Kapitals, sondern auch des Humankapitals: „Wir verlieren die junge Generation“, sagte er. Er plä-

dierte dafür, die enormen Anstrengungen zu sehen: „Die bereits erbrachten Opfer verdienen Respekt.“ Deutschland müsse mithelfen, die griechische Zivilgesellschaft zu stärken. Für die Mehrheit der Griechen sei der Ausstieg aus dem Euro und Europa keine Option. Sanierungsmaßnahmen müssten mit einem Wiederaufbau-Paket gekoppelt werden. Griechenland sollte vorbereitet werden auf die EU-Finanzierungsperiode 2014 bis 2020. Aufgabe der Task Force sei Kooperation, nicht Belehrung. „Wir sind nicht die Troika“, sagte Bastian. ■

*Michael Schröder*



„Bin gespannt...“

Zeichnung: Tomicek

Für die weltweit 29 größten systemrelevanten Banken (darunter die Deutsche Bank und die Commerzbank) gelten weitere Kapitalanforderungen zwischen 1 und 2,5 Prozent. Das Verbot ungedeckter Leerverkäufe ist für Deutschland bereits beschlossen; ab November 2012 werden auch auf europäischer Ebene vergleichbare Maßnahmen eingeführt. Zum computergestützten Hochfrequenzhandel hat die Bundesregierung bereits schärfere Vorschriften erlassen; das Europaparlament will den Hochfrequenzhandel mit Finanzprodukten ebenfalls „entschleunigen“. Eine Richtlinie dazu soll 2014 in Kraft treten. Banken und Versicherungen wurden verpflichtet, an-

In der EU tätige Ratingagenturen werden inzwischen stärker überwacht; sie müssen sich nun registrieren lassen und strenge Informationspflichten erfüllen; zudem dürfen Ratingagenturen keine Beratungsleistungen für Unternehmen erbringen, die sie bewerten.

## Standards für Hedgefonds

Die Bundesregierung drängt im Kreis der G20 und in der EU darauf, internationale Standards zur Regulierung von so genannten Schattenbanken, zu denen auch die berüchtigten Hedgefonds gehören, zu beschließen. Die Transparenz dieses Sektors müsse er-

## „Die Nationalstaaten werden durch die EU geschwächt“

Peter Gauweiler und Jo Leinen streiten über die Zukunft Europas

**W**enige Tage, nachdem die Europäische Union den Friedensnobelpreis zugesprochen bekam, luden der Bayerische Landtag und die Akademie für Politische Bildung Tutzing zu einem europapolitischen Streitgespräch zwischen Peter Gauweiler und Jo Leinen. Der CSU-Politiker Gauweiler ist einer der prominenten Kläger gegen den Europäischen Stabilitätspakt vor dem Bundesverfassungsgericht. Leinen sitzt für die SPD im Europäischen Parlament und war zwischen 1985 und 1994 Umweltminister des Saarlandes. Die Paarung versprach eine kontroverse Debatte.

Landtagspräsidentin Barbara Stamm hatte in ihrer Begrüßung darauf hingewiesen, dass Europa inzwischen zwar Alltag sei, dass sich aber die Parlamente der Mitgliedsländer in die praktischen Fragen der Ausgestaltung einmischen müssten. Trotz der aktuellen Krise rund um den Euro dürften Wirtschaft und Finanzen nicht allein im Fokus stehen. „Der Euro ist nicht Europa, er ist nicht der Kern. Der Kern sind gemeinsame Werte und Erfahrun-

gen“, sagte die Landtagspräsidentin. Der Friedensnobelpreis sei insofern ein richtiges Signal.

Auch Akademiedirektorin Ursula Münch sieht in dem Preis eine Anerkennung für 60 Jahre Friedenspolitik in Europa und ein Signal für die Stabilität der Werteunion Europa. Es fehle allerdings an einer einigenden Leitidee und Vision. Münch sieht zwei Herausforderungen: die Handlungsfähigkeit

der EU nach innen und außen sowie die unzureichende demokratische Legitimation der europäischen Institutionen und das wachsende Partizipationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger. Es herrsche der Eindruck vor, man wähle zwar ein Parlament, aber die Gewählten hätten nichts zu sagen.

### „Unterschiede sind Werte“

Für den Juristen Gauweiler ist ganz klar, dass sich Europa an Artikel 3a der Bayerischen Verfassung orientieren müsse. Danach gilt für Europa: Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat. Aber eben auch Subsidiarität und Eigenständigkeit der Länder. Auch er sieht demokratische Defizite in Europa. Deutlich wandte er sich gegen den neuesten Plan eines „Super-Währungskommissars“ von Bundesfinanzminister Schäuble: „Der regiert dann von oben nach unten durch.“ Für Gauweiler sind die Unterschiede in Europa Werte, die man nicht leichtfertig aufgeben dürfe. „Andere müssen nicht sein wie wir und sie sollen es auch nicht“, sagte der frühere bayerische Umweltminister. Umgekehrt gelte das aber auch. Seine Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht nimmt Gauweiler sportlich: „Das Ziel wurde nicht erreicht, aber immerhin habe ich es versucht.“

### Optimismus trotz Verwerfungen

Jo Leinen sieht die europäische Einigung als Glücksfall für Deutschland, denn „wir haben davon besonders profitiert.“ Schließlich spiele die Musik wirtschaftlich für uns in Europa. Außerdem seien wir „von Freunden



Eine kontroverse Debatte über die Zukunft Europas führten Peter Gauweiler, Moderatorin Ursula Münch und Jo Leinen (von links) Foto: MS

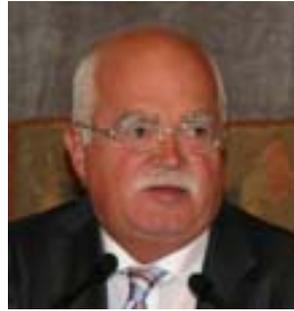


umzingelt.“ Für Leinen sollte Europa eigentlich mehr sein als die Europäisierung des Geldes. Aber die Hoffnung, die wirtschaftliche Einheit würde die politische nach sich ziehen, habe getrogen. Nach den Verwerfungen der letzten Monate sieht er nun wieder optimistischer in die europäische Zukunft: „Ich glaube nicht mehr, dass der Laden auseinanderfliegt. Es gebe den festen Willen zum Zusammenhalt in der Euro-Zone. Dringend nötig seien aber Reformen und Kontrollen an den Finanzmärkten.“



Jo Leinen: „Nur gemeinsam sind wir stark“

Auch wenn dieser Spruch auf den bayerischen Maibäumen steht: Mit soviel Europa kann Gauweiler nichts anfangen: „Mir läuft es kalt den Rücken runter, wenn ich höre, was Euro-



Peter Gauweiler: „Europa erst einmal demokratisch strukturieren“

pa alles sein soll.“ Sein Europa ist die Europäische Konvention für Menschenrechte. Und wer mehr Europa wolle, der müsse es erst einmal demokratisch strukturieren.

## „Europa untergräbt keine Vielfalt“

Leinen hält dagegen: „Europa untergräbt keine Vielfalt. Nicht die Regionen, sondern die Nationalstaaten werden durch Europa geschwächt. Das ist der Megatrend der Zukunft. Wer sich dagegen wehrt, kämpft gegen Windmühlen wie einst Don Quichotte.“ ■

Michael Schröder

Vielleicht braucht es Krisen und Extremsituationen, um einen klaren Blick für das Grundsätzliche zu bekommen, erklärte Jo Leinen und verwies auf die Ziele der Europäischen Union: Frieden schaffen, Freiheit ermöglichen, wirtschaftlich und sozial alle mitnehmen. Während anfangs die Friedenssicherung im Vordergrund gestanden sei, sei die Europäische Union im Zeitalter der Globalisierung und des internationalen Wettbewerbs zu einem Faktor der Selbstbehauptung geworden. „Ohne Währungsunion wären wir den Finanzmärkten gnadenlos ausgeliefert, die per Mausclick Milliarden hin- und herschieben.“ Die Währungsunion sei mehr als die Europäisierung des Geldes. Dahinter stünde die Idee einer politischen Union, um Herausforderungen wie Klima- und demografischem Wandel oder unfairen Wettbewerbsbedingungen besser begegnen zu können.

„Die Transaktionssteuer muss kommen, wir brauchen eine europäische Bankenunion“, sagte Leinen. Die Währungsunion sei bislang unfertig und defizitär. Das EU-Parlament müsse die Europäische Zentralbank kontrollieren. „Das EP ist das Parlament des Euro.“ Ein nächster Integrationsschritt sei nötig: ein Wachstums- und Sozialpakt. Es brauche eine neue Begründung für mehr Europa. Die Friedensidee allein reiche nicht mehr aus. Leinen rief aus: „Nur gemeinsam sind wir stark.“

## 15. Passauer Tetralog:

# „Wir leben sozial alle über unsere Verhältnisse“

Politische Kultur im Donauraum

**Die wunden Punkte auf dem steinigen Weg zu einer politischen Kultur im Donauraum sind beim 15. Passauer Tetralog im Rahmen der Europäischen Wochen (EW) im Audimax der Universität Passau offengelegt worden. Heinrich Oberreuter, Präsident des EW-Kuratoriums, moderierte die exzellente Runde mit Zoltán Balog, Staatsminister für soziale Integration im Justizministerium Budapest/Ungarn, Krzysztof Ruchniewicz, Direktor des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Osteuropastudien in Breslau/Polen, Franz Schausberger, Präsident des Instituts der Regionen Europas in Salzburg/Österreich, sowie Karl-Peter Schwarz, Südosteuropa-Korrespondent der FAZ.**

„Europa ist kein Ort, sondern eine Idee“, hatte EW-Intendant Peter Baumgart eingangs den Philosophen Bernard-Henri Lévy zitiert.

## Europas Krämerseele

Hier setzte Oberreuter an. Der europäische Integrationsprozess in seiner politischen und historischen Dimension sei immer wieder von gemeinsamen normativen Grundlagen begleitet worden: Rechtsstaatlichkeit, Men-

schwürde, Freiheit, Gleichheit etc. „Aber heute behandeln wir Europa so, als ob es eine Krämerseele hätte, in erster Linie wirtschaftlich-monetär ausgerichtet, ohne dass humanitätsstiftende Werte aktiv das politische Verhalten steuern.“ Die Folgen: Korruption, schwache Rechtsstaaten und/oder deren Unterminierung, alte Seilschaften, verhinderte Modernisierungsprozesse, Vetternwirtschaft, Verschwendung oder Putschversuche wie in Rumänien oder Kroatien.



Karl-Peter Schwarz brachte eindrucksvolle Beispiele. „Wir müssen anfangen, Europa vom Bürger her zu denken „und Freiheiten wie Eigentumsrecht zu garantieren.“ Doch eine Krise mit Ländern zu lösen, die sich „nicht verstanden fühlen“, deren diktatorische Vergangenheit längst nicht aufgearbeitet wurde und deren Transformationsprozess in den Westen längst nicht abgeschlossen ist, wie es Zoltán Balog formulierte, sei sehr schwer.

## Unterschiedliche Zivilisationszonen

Gerade den Osteuropäern, bei denen es immer ums Überleben gegangen sei, „muss in Europa Selbstwertgefühl zurückgegeben werden“, dürfe nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Doch dazu bedarf es des Wissens um die vier unterschiedlichen Zivilisationszonen im Donauraum, in denen sich kein Nationalbewusstsein entwickeln konnte.

Franz Schausberger umriss sie präzise: das stark nachwirkende katholische Habsburger Reich im Norden/



5 Teilnehmer aus 4 Ländern beim 15. Passauer Tetralog: Franz Schausberger, Zoltán Balog, Heinrich Oberreuter, Krzysztof Ruchniewicz sowie Karl-Peter Schwarz (von links)  
Foto: Zechbauer/rogerimages

Junge Leute würden Europa nicht an Geschichte oder Werte, sondern an 1989 und die Orientierung an den Westen knüpfen, wie Krzysztof Ruchniewicz feststellte. Sofern überhaupt In-

demokratisch als ein gemeinsames betrachtet werden. Zudem dürfe die politische und moralische Reaktion Europas auf Vorgänge in den Ländern nicht parteipolitisch bestimmt werden.

**„ ... heute behandeln wir Europa so,  
als ob es eine Krämerseele hätte,  
in erster Linie wirtschaftlich-monetär ausgerichtet,  
ohne dass humanitätsstiftende Werte  
aktiv das politische Verhalten steuern.“**

*Heinrich Oberreuter*

Westen des Karpatenbogens. Das ebenso geprägte an der Adria und Istrien, in dem sich statt Demokratie eine bürgerliche Gesellschaft entwickelte. Die byzantinisch-orthodoxe Kultur Rumäniens. Und jene des Balkans, aber stark vom Islam überformt „mit gruppenbezogenem Freund-Feind-Denken, Distanz zum Staat, starker Kirche. Gerade darin liege die Ursache für einen Fehler der heutigen politischen Kultur, so der Landeshauptmann a. D.: die fehlende Fähigkeit zum Kompromiss.

teresse bestehe. „Es fehlt an Visionen.“ Im Unterschied zu anderen Ostblockstaaten habe Polen zwar alle formalen Schritte für den EU-Beitritt erfüllt, es aber versäumt, sich in Europa gezielt zu positionieren.

## Nachholbedarf in Ungarn

Auch Ungarn habe Nachholbedarf, bestätigte Zoltán Balog. Für eine europäische Gesprächskultur müsse aber das Erbe des Ostens wie des Westens

Die Podiumsteilnehmer appellierten an den Westen, im Donauraum in Bildung und Kultur zu investieren, statt nur materielle Besserung zu versprechen, die Vielfalt der Nationen und Kulturen zu bewahren, Individualismus des Einzelnen zuzulassen und Verantwortung für sich selbst zu übernehmen, statt vom Staat alles zu erwarten.

Zoltán Balog: „Wir alle leben sozial mehr oder weniger über unsere Verhältnisse. Die Tragik der Osteuropäer aber ist, dass sie dafür keine Reserven haben.“ Daher müssten der Staat umstrukturiert, die Lasten neu verteilt werden und Arbeit Vorrang vor spekulativem Kapital haben. „Wer kann das verkaufen? Das kann nur eine glaubwürdige Politik leisten „in ganz Europa.“ ■

*Ariane Freier  
(Passauer Neue Presse)*

# „Politische Bildung ist Verfassungsschutz“

Symposium zum 70. Geburtstag von Heinrich Oberreuter

**Mit einem Symposium zu den Herausforderungen der parlamentarischen Demokratie und der politischen Bildung ehrte die Akademie ihren früheren Direktor Heinrich Oberreuter zu dessen 70. Geburtstag.**

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann sagte in seiner Festrede, angesichts der Bedrohungen durch vielfältigen politischen Extremismus sei politische Bildung mehr denn je eine unerlässliche Aufgabe. Als Beispiele nannte er die Präsenz der NPD in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Die Wertschätzung der Demokratie müsse immer wieder gelernt und die Bürger – gerade die jüngere Generation – gegen Gefährdungen immunisiert werden.

Die Politik dürfe nicht erst aktiv werden, wenn sich Protest und Widerstand rege. „Wir müssen die Bürger mitnehmen und dürfen den Dialog nicht zu spät beginnen“, sagte Herrmann, der den bayerischen Ministerpräsidenten in Tutzing vertrat. Er zeigte sich aufgeschlossen gegenüber Plebisziten: „Die sind nicht der Untergang des Abendlands“, sagte er gerade angesichts der bayerischen Erfahrungen mit der direkten Demokratie. Aber sie können auch die repräsentative Ordnung des Grundgesetzes nicht ersetzen, bestenfalls ergänzen.

## Kampf gegen Extremismus

Eine Kampfansage erteilte Herrmann dem Extremismus jeglicher Färbung. „Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung haben hier keinen Platz“, sagte er. Die Jugend gegen diese Anfeindungen immun zu machen, sei eine vordringliche Aufgabe der politischen Bildung. Die wehrhafte Demokratie dürfe keine Toleranz gegenüber Intoleranz zeigen. Er bezog sich auf die Erfahrungen der Weimarer Republik, als er sagte: „Die To-

leranten haben dem Treiben der Nationalsozialisten solange zugeschaut, bis sie nichts mehr zu sagen hatten.“

Im Fall der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“ forderte Herrmann eine lückenlose Aufklärung – auch über die Versäumnisse



*Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann: „Plebiszite sind nicht der Untergang des Abendlands“* Fotos: Haas

der Sicherheitsbehörden. Die Verbesserung des Verfassungsschutzes müsse das Ziel sein, nicht seine Abschaffung. „Man schafft auch die Feuerwehr nicht ab, nur weil sie einen Brand nicht löschen konnte“, sagte der CSU-Politiker. Er sprach sich für ein neues NPD-Verbotsverfahren aus: „Diese Partei ist verfassungsfeindlich und höchst gefährlich.“ Ebenso müsse der islamistische Extremismus, insbesondere der Salafismus, bekämpft werden. Er sei intolerant und fanatisch: „Religionsfreiheit heißt nicht Aufruf zu Gewalt und Hass.“ Herrmann sprach sich aber auch gegen die Verbreitung der anti-islami-

schen Schmähd-Videos aus den USA aus. Die Grenzen der Kunst- und Meinungsfreiheit dürften nicht zu weit gezogen werden: „Religiöse Gefühle dürfen von niemandem beleidigt werden“, sagte der bayerische Innenminister.

In die Debatte über die Perspektiven der deutschen Parteien griff Oberreuter selbst ein. Er beschrieb das Ende der Milieuparteien, weil sich die alten Milieus verändern, überlagern und durchdringen. Die rückläufige Zustimmung zu den Volksparteien seit 1976 sei problematisch. Gemessen an den Wahlberechtigten kamen Union und SPD bei der Bundestagswahl 2009 zusammen nur noch auf rund 40 Prozent. „Die Parteiidentifikation ist im Untergang“, sagte Oberreuter. CDU und SPD haben nur noch jeweils rund eine halbe Million Mitglieder. Kleine und mittlere Parteien gewinnen dagegen. Die Individualisierung der Gesellschaft und die rückläufige Bindung an die Parteien hält der frühere Akademiendirektor für eine unumkehrbare Entwicklung.

## Ausblicke aufs Wahljahr

Neueste Daten aus der Meinungsforschung lieferte Richard Hilmer, Chef von infratest-dimap aus Berlin. Die Bevölkerung ist mit der Kanzlerin sehr zufrieden, nicht aber mit der Regierung. Dafür ist auch der Absturz der FDP verantwortlich: „Es gibt einen Profilverlust bei Steuern und Wirtschaft“, sagte Hilmer. „Die geweckten Erwartungen wurden nicht erfüllt.“ Wahlen in Ländern wie Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein belegen, dass die FDP mit einem markanten Profil gegen die Bundespartei auch noch Wahlen gewinnen könne. Bei der Linken verzeichnet der Meinungsforscher Hilmer einen „schleichenden Verlust“ Richtung SPD und Piratenpartei. Die SPD sieht er stabil um die 30 Prozent. „Sie gewinnt aus allen Lagern Wähler zurück, hat allerdings ihre Kernkom-



petenz soziale Gerechtigkeit und Arbeitsmarkt noch nicht wieder erreicht.“ Man müsse abwarten, wie sich der Kanzlerkandidat Steinbrück zukünftig auf die Werte der SPD auswirke. Die Grünen kommen bei den Daten Hilmers nach den Höhenflügen im Gefolge der Atomkatastrophe von Fukushima auf Normalmaß (September 12 Prozent) zurück.



Prognosen für das Wahljahr 2013 kamen von Demoskop Richard Hilmer (links) und Parteienforscher Heinrich Oberreuter

Das Doppel-Wahljahr 2013 in Bayern wird spannend. Die CSU könne eventuell mit 45 Prozent der Stimmen allein regieren – wenn es Piraten, Linkspartei

und FDP nicht in den Landtag schaffen. Ähnliches gilt für den Bund, wo nach Ansicht Oberreuters mit einem SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück alles auf eine Große Koalition hinausläuft.

Richard Hilmer bestätigte das, zumal die zweite Option in einem möglichen Sieben-Parteien-System (CDU, CSU,



SPD, Grüne, Piraten, Linke, FDP) dann höchstens noch Schwarz-Grün bleibe – „und das hat schon in Hamburg und im Saarland nicht funktioniert.“

## Skepsis gegen Plebiszite

Der Verfassungsrechtler Herbert Bethge – ein langjähriger Kollege von Oberreuter an der Universität Passau – lieferte ein klares Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie und stellte fest: „Elemente unmittelbarer Volksherrschaft sind die Ausnahme.“

Auf Bundesebene sind die Ansätze nur rudimentär geregelt. Volksgesetzgebung sei ausgeschlossen. Eine Intensivierung sei nur durch Verfassungsänderung erreichbar. Auf Länderebene sei das anders – dort gebe es sehr viel stärkere Ansätze.

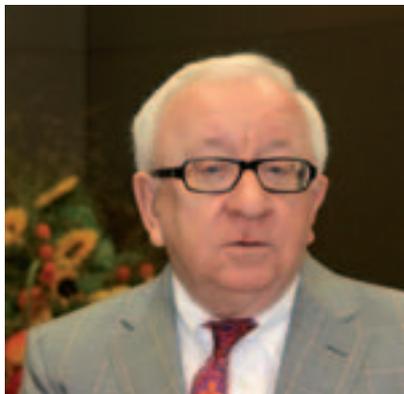
Aber der zunehmend spürbare, aufbegehrende Bürgerwille ist nach Meinung Bethges keineswegs gleichbedeutend mit Anarchie, Extremismus oder Verfassungsfeindschaft: „Er kann auch Anliegen des engagierten verfassungsbejahenden Citoyen der kritischen Zivilgesellschaft sein“, sagte der Passauer Jurist und wehrte sich gegen den Begriff „Wutbürger“. Dem



Zeichnung: Hanitzsch



Bürger stünden selbstverständlich alle Kommunikationsgrundrechte zur Verfügung: „Die Meinungsfreiheit unserer Verfassung deckt auch Blödheiten.“ Voraussetzung dafür: Die Grundrechte werden gewaltfrei und friedfertig genutzt. Bethge betonte aber auch, dass kein Grundrecht dazu berechtige,



*Herbert Bethge: „Die Meinungsfreiheit unserer Verfassung deckt auch Blödheiten“*

die Verbindlichkeit der Entscheidungen demokratisch legitimierter staatlicher Funktionsträger infrage zu stellen oder gar zu negieren.

Über das auch von Oberreuter oft bearbeitete Spannungsfeld von Medien und Politik sprach der Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens Sigmund Gottlieb. Ihm geht es um die Positionierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Medienlandschaft des Internetzeitalters – um das „Überleben in der Medienrevolution“. Für ihn sind die Medien „nicht der Reparaturbetrieb für die Eliten. Und er trifft die „beunruhigende Feststellung, dass Journalisten und Politiker gleichermaßen immer weniger Vertrauen beim Publikum“ haben.

Die Schuldenkrise zeige Politikern und Medienleuten ihre Grenzen. „Wir müssen auch mal Nichtwissen eingestehen“, sagte Gottlieb. Stattdessen forderten Medien von den Politikern immer schnellere Problemlösungen. Daraus erwachse Ungeduld und Unzufriedenheit. Politiker und Journalisten müssten gemeinsam den Kitt anrühren, der die Gesellschaft zusammenhält.

## Strategie für die digitale Revolution

Auch wenn Trivialität gut ankomme und die Quoten steigere, müsse sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf Qualität konzentrieren. Dafür sei auch das Beherrschen des multimedialen Handwerks erforderlich. Ansonsten gelten die alten und bekannten Kriterien: Informativ, glaubwürdig, aktuell und verständlich. „Passt schon“, passt eben nicht mehr, sagte der BR-Chefredakteur. „Und ‚geht schon‘, geht auch nicht mehr.“ Zur Qualität gehöre auch, Themen aufzugreifen, wenn sie noch nicht populär sind. Dies gelte auch, wenn es Quoten koste.

In der digitalen Revolution sei das alte Sender-Empfänger-Schema außer Kraft gesetzt. „Die sogenannte Vierte Gewalt ist entautorisiert. Wir müssen



*BR-Chefredakteur Sigmund Gottlieb: „Themen aufgreifen, wenn sie noch nicht populär sind“*

uns öffentlich mit unserer Kundschaft auseinandersetzen.“ Gottlieb forderte eine „Digital-Strategie, um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bei der

**„ ‚Passt schon‘, passt eben nicht mehr, und ‚geht schon‘, geht auch nicht mehr. “**  
Sigmund Gottlieb

Eplosion der publizistischen Vertriebswege noch auffindbar zu machen: „Wir müssen unsere Erklär-Kompetenz gegen Skandalisierung und Personalisierung setzen.“ Der öffentlich-recht-

liche Rundfunk müsse zu einem „Anker der Verlässlichkeit“ (Ernst Elitz) werden.

Neben den wissenschaftlichen Debatten kam auch die persönliche Würdigung des ehemaligen Akademiedirektors nicht zu kurz.

Seine Nachfolgerin in diesem Amt Ursula Münch wies auf die bisherige Lebensleistung Oberreuters als Politikwissenschaftler, Demokratielehrer und -bewahrer hin. Die drücke sich nicht nur in einer Bibliografie mit über 500 Titeln aus. Sie betonte auch seine Bedeutung als Netzwerker und geschickter Strategie, dessen Kontakte für die Akademie stets von großem Vorteil gewesen seien.

## „Auf ihn ist immer Verlass“

Josef Braml, einst Oberreuters Student in Passau und heute bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, beschrieb seinen Lehrer humorvoll als „letzten 16-Ender der deutschen Politikwissenschaft“, als „Platzhirsch, an dem sich die Rivalen die Geweihe abreiben“.

Karl Rösch hatte mit Oberreuter einst in Regensburg Abitur gemacht und machte klar: Ein Analytiker, Publizist und Kommentator war der schon immer. Genüsslich zitierte Rösch den ironischen „Leitartikel“ der von Oberreuter herausgegebenen Abiturszeitung.

Landtags-Vizepräsident Reinhold Bocklet würdigte seinen langjährigen engen Freund aus Münchner Studenienzeiten als „schonungslosen Begleiter der bundesdeutschen Demokratie“, der immer im Dienst des Parlamentarismus gehandelt, kritisiert und aufgerüttelt habe.

Der Kuratoriumsvorsitzende und ehemalige bayerische Kultusminister Hans Maier schilderte den Weg Oberreuters „vom Schüler zum Meister“ und schloss mit den Worten: „Auf ihn ist immer Verlass.“ ■

Michael Schröder

(Siehe Presseschau Seite 33)

# Diebe, Daten, Dunkelmänner

## Innere Sicherheit im Wandel

**Die Welt ändert sich – auch die Kriminalität. Eine Tagung fragte nach den Herausforderungen bei der Architektur der inneren Sicherheit in Deutschland.**

**D**en „Tatort Internet“ beleuchtete der Traunsteiner Oberstaatsanwalt Robert Schnabl. Was macht diesen Tatort für die digitale Unterwelt so interessant? Schnabls Antwort: „Das Internet kennt keine Grenzen, bietet Anonymität und hohe Chancen auf Gewinn.“ Die jährlichen Verluste für die Verbraucher durch Online-Kriminalität werden weltweit auf rund 750 Milliarden Euro geschätzt. Schnabl zeigte Schwierigkeiten der Strafverfolgung auf: „Man



*Robert Schnabl beleuchtete den „Tatort Internet“*

muss Unmengen von Daten sichten, erkennen und auswerten.“ Dies ginge an die Kapazitätsgrenzen von Polizei und Staatsanwaltschaft.

### Mafia der anderen Art

Bei Internetkriminalität habe man es nicht mit dem klassischen Dieb oder Bankräuber zu tun. Vielmehr gehe es um eine „Mafia der anderen Art“, nämlich um ein Netz mit verschiedenen Zentralfiguren, die nur in punktuellen Situationen zusammenarbeiten und danach wieder andere Straftaten begehen.

Dem Spannungsverhältnis von effektiver Strafverfolgung und Datenschutz mit Blick auf die europäische Ebene widmete sich der bayerische Datenschutzbeauftragte Thomas Petri. Nach einem Überblick über Europäische In-



*Thomas Petri: Verdachtslose Datenerfassung problematisch*

stitutionen und Regelungen zeigte er bestimmte Kritikpunkte aus Sicht eines Datenschützers auf. Bei aller Legitimität der Bekämpfung internationaler Kriminalität müsse auf klar formulierte Regelungen geachtet werden. Auch die verdachtslose Datenerfassung oder Einrichtung zentraler Datenbanken und -verbände sind für Petri problematisch – gerade wenn noch kein Datenschutz-Gesamtkonzept mit ausreichendem Rechtsschutz und effektiv ausgestalteter Kontrolle vorliegt.

Marita Körner, Professorin an der Universität der Bundeswehr, befasste sich mit der derzeit in Arbeit befindlichen europäischen Datenschutzverordnung. Das Geschäft mit Daten ist – gerade durch das Internet – international und ruft nach einheitlichen Re-

gelungen. Beim politischen Prozess ist zu beachten, dass Datenschutz für die Unternehmen teuer ist und Konflikte zwischen Datenschützern und Wirtschaftslobby vorprogrammiert seien. Dies beeinflusse auch den Gesetzgeber.

### Korruption meist unentdeckt

Der Giessener Kriminologe Braasch blickte „hinter die Fassaden des Geldes“ und zeigte Tendenzen in der Entwicklung von Korruption in der Privatwirtschaft auf. Da Korruption ein typisches Heimlichkeitsdelikt ist, es kein „natürliches Opfer“ gibt und Geber und Nehmer gleichermaßen Täter sind, würde die Masse der Korruptionsdelikte (bis zu 95 Prozent) den Strafverfolgungsbehörden nicht bekannt. Typische „Nehmer“ bei Wirtschaftskorruption seien nicht vorbestrafte deutsche Männer zwischen 40 und 50, die in der Regel schuldenfrei sind und über gewisse Entscheidungsbefugnisse in Unternehmen verfügen. Das Unrechtsbewusstsein sei bei ihnen so gut wie nicht ausgeprägt. „Ich nehme mir nur, was mir zusteht“ sei eine gängige Rechtfertigung, so Braasch.

Der SPIEGEL-Journalist Andreas Ulrich beschrieb das System der „N'drangheta“ in Kalabrien mit seinem Wertekodex und der starken Einflussnahme auf den staatlichen Entscheidungsapparat. Im Jahr mache die N'drangheta etwa 44 Milliarden Euro Umsatz, insbesondere durch den Kokainhandel. Mit Blick auf die Situation in Deutschland bemerkte Ulrich, dass es zu wenige juristische Möglichkeiten gebe, die Organisation zu verurteilen, sondern immer nur Einzelgänger und Einzeltäter. ■

*Laura Groß /  
Gero Kellermann*

# Die Macht des Codes

## Die Digitalisierung der Politik und die Politisierung des Digitalen

**WikiLeaks, GuttenPlag Wiki, die Piraten: Die digitale Welt greift zunehmend auf die Politik über. Kaum noch ein Politiker, der nicht twittert oder Fans bei Facebook sammelt. All dies bringt radikale Veränderungen mit sich: für die politische Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft, die Parteien, die Beteiligung am politischen Prozess und den Journalismus.**

Für Christoph Bieber von der Universität Duisburg-Essen spielt das Programmieren eine entscheidende Rolle. Er sieht einen Bedeutungsgewinn von Codes bzw. der Rolle des Programmierens für die Einschätzung politischer Kommunikations- und Organisationsprozesse in digitalen Medienumgebungen. Code eigne sich einerseits als Mittel zur Beschreibung und Formalisierung zentraler Elemente von innovativen Politikprozessen in der digita-

leren Politikwelt, andererseits erschließen Programmierkenntnisse auch neue Zugänge zu politischen Kommunikations- und Handlungsräumen. Code sei eine neue politische Machtressource. Das personalisierte Internet sieht Bieber kritisch: Mit Algorithmen werden die Bewegungen des Internetnutzers

### Autonome Technik

erfasst und künftige Suchen darauf abgestimmt. Google zeige, bei gleicher Eingabe, für jeden Nutzer an seinem PC andere Suchergebnisse. Manfred Broy ist Informatikprofessor an der TU München und deshalb mit dem Programmieren bestens vertraut. Er zeigte an zahlreichen Beispielen aus der Medizin, Telekommunikation sowie

hergestellt. „Das Wort wird zur Tat. Die technischen Systeme erfassen autonom. Aber wo bleibt die Autonomie des Menschen?“ fragte Broy kritisch. Die Grenzen der zukünftigen Entwicklungen seien nicht technischer Natur, sondern lägen nur in der Phantasie der Ingenieure.

### Auto mit Internetadresse

Nach dem interaktiven Web 2.0 sieht der Informatiker das semantische Web kommen. Kameras werden Abgebildete identifizieren und ihrem Profil im Netz zuordnen können: „Ich fotografiere Sie und weiß kurz danach alles, was im Netz über Sie an Daten und Informationen verfügbar ist.“ In zehn Jahren werden technische Geräte wie Autos, Handys, Ampeln und Kühlschränke eigene Internetadressen haben. Fahrzeuge werden sich autonom steuern. Ganz neue Carsharing-Modelle mit erheblichen Konsequenzen für die Autoindustrie werden das individuelle Fahrzeug überflüssig machen. Der Automat fährt selbständig vor, wann und wo der Fahrer es will. Broy sieht eine alles durchdringende Vernetzung des Alltags, für die er allerdings auch dringend politische Steuerung und Regulierung anmahnte. Der „digitale Schatten“ dürfe nicht unberechenbar werden.

### Digitale Werkzeuge der Beteiligung

Mit neuen politischen Beteiligungsmöglichkeiten durch das Internet beschäftigte sich die Berliner Bildungsforscherin Jennifer Paetsch, Gründungsmitglied und stellvertretende Vorsitzende des Vereins „Liquid Democracy“. Sie ist davon überzeugt, dass der Wunsch nach mehr Beteiligung in der Bevölkerung sehr ausgeprägt ist und dass das Internet dafür gute Werkzeuge bereithält. Sie sieht eine Inten-



dem Automobil- und Flugzeugbau, wie die digitale Revolution in den letzten 50 Jahren unsere Welt und unser Leben verändert hat und weiter verändern wird. Zukünftig werden direkte Verbindungen zwischen der physikalischen Umwelt und den immer kleiner werdenden Rechnern und Prozessoren

dem Automobil- und Flugzeugbau, wie die digitale Revolution in den letzten 50 Jahren unsere Welt und unser Leben verändert hat und weiter verändern wird. Zukünftig werden direkte Verbindungen zwischen der physikalischen Umwelt und den immer kleiner werdenden Rechnern und Prozessoren

sivierung der politischen Kommunikation, nicht nur, aber gerade auch in der jüngeren Generation bis 36 Jahre: „Digital Citizenship der Zukunft ist mehr als nur Zeitung lesen und Informationsbeschaffung. Es ist Vernetzung, Dialog und Austausch.“

Paetsch räumte mit einem weit verbreiteten Vorurteil auf: Liquid Democracy ist nicht die permanente Volksabstimmung über jedes Thema und die gleichzeitige Abschaffung des Parlaments: „Es ist ein Mittelding zwischen direkter und repräsentativer Demokratie, ein



*Jennifer Paetsch: „Gute Werkzeuge für mehr Bürgerbeteiligung im Internet“* Fotos: Dameris

partizipativer Meinungsbildungsprozess innerhalb einer bestimmten Gruppe oder zwischen unterschiedlichen Gruppen“, sagte Paetsch. Es gehe um einen moderationsfreien, themenspezifischen Diskurs – z.B. bei der gemeinsamen Erarbeitung eines Textes, eines Programms oder einer Petition. Das Modell könne auch für die Themensuche und das Agendasetting verwendet werden.

Besonders bei kommunalen Prozessen und Projekten der Jugendbeteiligung in überschaubaren Räumen sei mit Hilfe der Software Adhocracy mehr Partizipation möglich. Auch die Enquete-Kommission des Bundestags „Internet und digitale Gesellschaft“ arbeitet mit dem Programm und hat sich auf diese Weise den virtuellen 18. Sachverständigen ins Boot geholt. Der macht zwar nicht sehr viele Vorschläge zur Arbeit der Parlamentarier. Aber das, was auf diesem Wege ins Parlament gelangt, ist anspruchsvoll und hilfreich.

Kann das Internet die Demokratie verbessern und begünstigen? Der Technikphilosoph Karsten Weber von der TU Cottbus erklärte, dass Demokratie mit einfachen Mitteln realisiert werden könne – unabhängig vom Netz.

## Mehr Internet = mehr Demokratie?

Schließlich sei Demokratie auch wesentlich älter als die digitale Revolution. Natürlich erreiche man durch das Internet eine breitere Öffentlichkeit, dies fördere aber nicht automatisch die Partizipation. Außerdem müsse man sich – analog wie online – mit denselben komplexen Themen auseinandersetzen. Dass Internet und Demokratie nicht zusammenhängen müssen, zeige China. Aber er gestand auch zu: „Man kann mit dem Internet besser informiert sein.“ Das sei jedoch nicht zwangsläufig der Fall sei. Der Nutzer könne nur nach Informationen suchen, die seiner Meinung entsprechen. Entsprechende Filtersysteme der mächtigen Suchmaschinen tun ein übrigens zur Verengung des Weltbildes und der individuellen Meinungsbildung.

Weber warnte vor einer negativen Beziehung zwischen Internet und Demokratie. Auch Hasspredigern und Extremisten jeglicher Couleur biete das Internet eine Plattform. Darüber hinaus verletzen Hetzkampagnen im Netz („Shitstorms“) und Aufrufe zur Lynchjustiz die Grundrechte und die Privatsphäre. Deswegen sei ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Internet wichtig. Die Wirkung für die Demokratie sollte nicht überschätzt werden: „Revolutionen werden nicht von neuen Medien gemacht, sondern von Menschen“, schloss Weber.

## Journalismus 2.0

Welche Informationen gelangen an die Öffentlichkeit? Im Zeitalter der analogen Medien Zeitung und Rundfunk war die Nachrichtenauswahl Aufgabe der Journalisten. Wer seine Meinung verbreiten wollte, brauchte Verlage und Sender – auf jeden Fall viel Geld und teure Technik. Im digitalen Zeitalter von Blogs, Facebook, Twitter und Co.

kann mittlerweile jeder Informationen ins Netz stellen und weltweit verbreiten. Und dafür braucht es nur wenig Geld, überschaubare und bezahlbare Technik – allerdings ein bisschen Zeit. Haben also die Journalisten als Schleusenwärter im Nachrichtenstrom ausgedient?

## Internet als Kneipe

Nein, meinte der Medienforscher Wolfgang Donsbach von der TU Dresden. „Das Internet ist wie eine Kneipe“, erklärte er. Es biete dem Journalisten die Möglichkeit die Stimme des Volkes zu hören. Herauszuhören was wichtig und interessant ist – das sei der Rohstoff des professionellen Journalismus – egal, aus welcher Quelle er stammt. Das Internet stehe bei der Nachrichtennut-



*Wolfgang Donsbach: „Immer schlechteres Wissen über Nachrichten und aktuelle Themen“*

zung zurzeit mit 34 Prozent an vierter und letzter Stelle nach Radio (35), Zeitung (47) und Fernsehen (74). Donsbach blickte gen USA: Dort hat sich das Internet als Informationsquelle bereits etabliert. „Was in den USA passiert, wird uns in fünf Jahren erreichen“, schätzte Donsbach die weitere Entwicklung ein.

Aus seinen empirischen Forschungen leitet Donsbach ab, dass die jüngere Generation ein immer schlechteres Wissen über Nachrichten und aktuelle Themen hat, was auch mit der Aufmerksamkeit und Kenntnis von Nachrichten zu tun hat. Er sieht einen Wertewandel und eine neue Medienökologie. Nur noch 35 Prozent der Bevölkerung vertrauen Journalisten – sie lie-



gen damit ziemlich am Ende der Prestigeskala von Berufen und werden nur noch von Politikern negativ betroffen. Donsbach spricht von einer „stillen Marginalisierung des Journalismus“. Ein sinkender Anteil von Menschen greife auf professionellen Journalismus zurück. Diese selektive Zuwendung habe immer weniger gemeinsame Vorstellungen von Gesellschaft und einen Zerfall der Öffentlichkeit zur Folge.

## Vom Schleusenwärter zum Mitspieler

Sascha Borowski, Leiter der Online-Redaktion der Augsburger Allgemeinen, hat den Wandel selbst miterlebt: „1994 gab es keine Konkurrenz, wir waren der Platzhirsch in der Region.“ Inzwischen sei die Augsburger Allgemeine ein Spieler unter vielen. Die Feuerwehr twittert ihre Einsätze, der Bürgermeister kommuniziert über Facebook mit seiner Gemeinde: viele Akteure seien nicht mehr auf die Presse angewiesen. „Man muss als Journalist bereit sein, neue Quellen zu nutzen“, sagte Borowski. Aus den früheren Konsumenten der Zeitung seien inzwischen Prosumenten geworden, die selbst Inhalte liefern. Mit der neuen Informationsvielfalt gewinne aber der professionelle Journalismus auch an Bedeutung: Sichten, einordnen, gewichten, kommentieren – all das müsse geleistet werden. „Schnelligkeit und Qualität müssen einhergehen“, erklärte Borowski.

Wie wirkt sich nun die Digitalisierung auf die politische Kommunikation aus? Welche Auswirkungen ergeben sich für Parteien und Politiker? Diese Fra-

gen diskutierten Peter Tauber, Bundestagsabgeordneter der CDU aus Hessen und Mitglied der Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestags, Eberhard Sinner, Landtagsabgeordneter der CSU und früherer Medienminister in Bayern sowie Annette Mühlberg, Referatsleiterin eGovernment bei der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

„Der Laptop ist der Schulranzen der Zukunft“, sagte Sinner voraus. Man müsse als Politiker das Internet benutzen, sonst erreiche man vor allem die



*Kontroverse Debatte über die Zukunft der digitalen Demokratie: Eberhard Sinner, Annette Mühlberg und Peter Tauber (von links)*

jungen Leute nicht. Die Macht der Medien begreifen, sei die eigentliche, notwendige Medienkompetenz, die es zu vermitteln gelte. „Ich will das Gerät beherrschen und nicht beherrscht werden“, sagte Sinner. „Wird alles dafür getan, um diejenigen wahrzunehmen, die sich nicht online artikulieren?“ Diese Frage rückte Mühlberg ins Zentrum. Das Netz solle keine bestehenden Kommunikationsstrukturen erset-

zen, sondern ergänzend zu diesen funktionieren, erklärte Tauber. Neue Formen der Diskussion und des Miteinanders würden geschaffen, deren Umgang aber noch zu lernen sei.

## „Das Netz liest dich“

„Das Netz liest dich“, kritisierte Mühlberg. Die Politik müsse Facebook stärker in die gesetzlichen Schranken weisen, um die Nutzer zu schützen. Eine solche Gesetzgebung könne laut Sinner nur auf europäischer Ebene stattfinden, um wirklich effektiv und sinn-

voll zu sein. Die Risiken von Facebook müsse jeder selber abwägen, erklärte Tauber. Zurzeit überwiege bei den meisten Nutzern der Mehrwert. Politik gerate hier auch an Handlungsgrenzen, die man zugeben müsse. Dies wiederum brachte die Ver.di-Vertreterin zum Vorwurf der „Selbstentmündigung der Politik“. ■

*Carolyn Dameris / Michael Schröder*

### Neuerscheinung zum Thema:

Michael Schröder (Hrsg.): Die Web-Revolution. Das Internet verändert Politik und Medien. München (Olzog) 2012, 26.90 €

### Linktipps:

Enquete-Kommission des Bundestags „Internet und digitale Gesellschaft“:  
<http://www.bundestag.de/internetenquete/>

Liquid Democracy: <http://wiki.liqd.net/Hauptseite>

# Zukunftspfade in die Elektromobilität

**I**m Frühjahr 2011 kündigte die Bundesregierung unmittelbar nach der Atomkatastrophe von Fukushima vollmundig die Energiewende an: Der Ausstieg aus der Atomenergie soll bis 2021 geschafft, der Umstieg auf erneuerbare Energien vollzogen sein. Doch aktuell mehren sich Zweifel, ob dieses Ziel realistisch ist. Kritiker sprechen bereits davon, die Wende sei ins Stocken geraten. Ein viel diskutierter Baustein des Atomausstiegs ist das Elektroauto. Es war auch ein Schwerpunkt der Tagung „Zukunftspfade – wie wollen wir künftig leben?“ in Zusammenarbeit mit der IG Metall und dem Bildungswerk der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB).

Das tatsächliche Mobilitätsverhalten widerspricht den heutigen Fahrzeugkonzepten mit leistungsstarken Verbrennungsmotoren: Die durchschnittliche Fahrstrecke beträgt 39 Kilometer am Tag, das sind knapp 15 000 Kilometer pro Jahr. Die Durchschnittsgeschwindigkeit liegt bei 25 Kilometer pro Stunde und das Fahrzeug wird nur etwa zwei Stunden bewegt. Bleiben also 22 Stunden zum Laden der Batterien. Klare Indizien für ein Elektroauto.

Stephan Fuchs ist bei der Erforschung dieses Zukunftsaautos dabei. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Projekt MUTE der Technischen Universität München. Dort entwickeln insgesamt 22 Lehrstühle ein Elektroauto, das bereits auf der Frankfurter Automobilausstellung im Herbst 2011 vorgestellt wurde. Fuchs weist darauf hin, dass Elektromobilität nicht an sich schon emissionsfrei ist: Schließlich müsse geklärt werden, woher der Strom fürs Auto kommt. Außerdem fallen CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht nur beim Betrieb, sondern auch bei der Herstellung und Verschrottung des Fahrzeugs an. „Wirklich emissionsfrei ist das E-Auto nur, wenn der Strom aus erneuerbaren Energien stammt“, sagte Fuchs. MUTE produziert 42 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer bei derzeitigem Energiemix. Der Energieaufwand für Produktion, Be-

trieb und Recycling ist 30 Prozent kleiner als bei konventionellen sparsamen Kleinwagen mit Verbrennungsmotor.

## Falsche Konzepte

Bislang vorliegende Konzepte für Elektroautos bezeichnete er als falsch, weil sie nicht berücksichtigen, dass 55 Pro-



*Stephan Fuchs: „Unser E-Auto ist keine rollende Verzichtserklärung“*

zent der Fahrwiderstände am Gesamtenergiebedarf durch die Fahrzeugmasse beeinflusst werden. So seien die meisten Elektroautos heute viel zu schwer. MUTE geht deshalb einen ganz anderen Weg als die großen Konzerne: Nur rund 500 Kilogramm bringt das Leichtgewicht auf die Waage. Zum Ver-

gleich: Der Smart wiegt fast doppelt soviel, ein Mini das Dreifache, ein BMW 1,8 Tonnen. Erreicht wird diese Reduzierung durch Leichtbauweise mit Aluminium und einen optimalen Luftwiderstand. Der CW-Wert liegt bei 0.27. Fuchs sieht drei wesentliche Voraussetzungen, die ein E-Auto erfüllen muss, um marktfähig zu sein: „Effizienz, Sicherheit und ein vernünftiger Preis.“ Der Kleinwagen muss



*Effizient, sicher und sparsam: das Elektroauto MUTE der TU München*

zwei Personen mit Gepäck transportieren, mindestens 100 Kilometer weit fahren können und rund 120 km/h schnell sein. Dabei dürfen die Gesamtkosten nicht über denen heutiger Kleinwagen liegen. Alles das kann MUTE. „Unser Auto ist keine rollende Verzichtserklärung“, sagt Fuchs. Bei 350 Euro liegen die monatlichen Gesamtkosten, darunter nur geringe Betriebskosten. Der Verbrauch liegt umgerechnet bei knapp zwei Litern Benzin pro 100 Kilometern.

Schließlich dürfe auch die Sicherheit nicht zu kurz kommen: Lange Crashwege, eine sichere Fahrgastzelle, ABS und die anderen bekannten Sicherheitssysteme sind selbstverständlich. Die Heizung läuft mit Bio-Äthanol, auf eine Klimaanlage und elektrische Fensterheber wird allerdings verzichtet. Und ein Problem gibt es: Noch kann man MUTE nicht kaufen.

E-Autos brauchen leistungsfähige Batterien. Daran arbeiten die Entwickler der Firma Bosch. Klaus Dieterich leitet dort den Zentralbereich Forschung. Für ihn ist das Öl-Zeitalter nur eine kurze Periode: „In Zukunft werden wir deutlich mehr erneuerbare

**Linktipp:** <http://www.mute-automobile.de/home.html>



Energien haben mit nur einem geringen Nuklearanteil. Dieterich sieht eine Trendwende in der Energiedichte, was wiederum neue Speichertechnologien nötig macht. Die Energiewende erfordert daher ein ganzheitliches Konzept, das beim Verbraucher beginnt und über effizienten Verbrauch, lokale Erzeugung, überregionale Verteilung bis hin zur Speicherung reicht.



*Klaus Dieterich: „Der Verbrennungsmotor ist immer noch ausbaufähig.“*

Der Wirkungsgrad einer Batterie gegenüber der Wasserstoff-Brennstoffzelle berechnet Dieterich bei 75 zu 25 Prozent. Deswegen sieht er Elektroenergie auf dem Weg zur Primärenergie, weil erneuerbare Energien in Verbindung mit elektrischen Verbrauchern energetisch besonders effizient sind. Wasserstoff könne eine wirtschaftliche Alternative sein, wenn der Stromüber-

schuss nicht anderweitig gespeichert werden kann. Bei weiterer Nutzung fossiler Energieträger ist die Verstromung die energetisch effizienteste Nutzung. Die Speicherung elektrischer Energie wird daher zur Schlüsseltechnologie, vor allem bei mobilen Anwendungen.

## Alternative Wasserstoff

Heutige E-Fahrzeuge haben einen Energieverbrauch von rund 22 Kilowattstunden pro 100 Kilometer. Das Ziel für 2020 ist eine Halbierung auf 12. Dazu trägt auch das deutlich verringerte Gewicht der Batterien bei: 100 Kilogramm sind das Ziel für das Jahr 2020. Heute sind es noch 500 Kilogramm.

## Auto im Web

Auch ein intelligentes Reichweitenmanagement wird zum Energiesparen beitragen: Der Bordcomputer der Zukunft errechnet zum Beispiel nicht mehr allein die schnellste, sondern auch die sparsamste Route und berücksichtigt dabei die Topographie, die Verkehrsdichte und das Fahrverhalten. In dieser Fahrzeugvernetzung sieht die Firma Bosch natürlich auch neue Geschäftsmodelle. „Jetzt ist das Internet im Auto – in Zukunft wird das Auto im Web sein“, sagt Dieterich über die automobiler Zukunft.

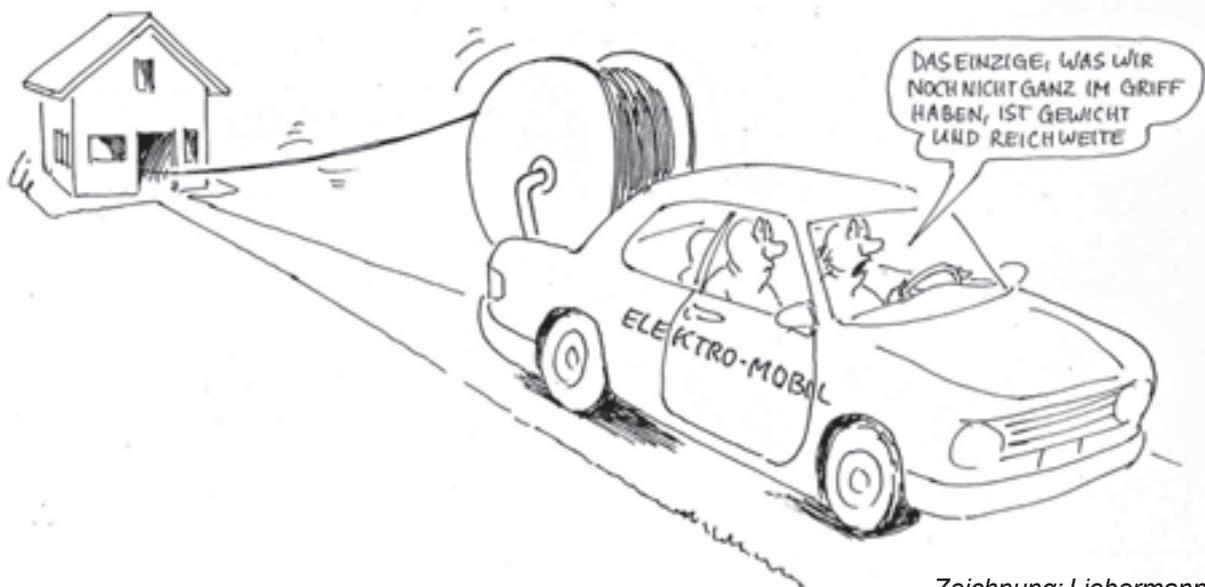
Doch was Bosch erfolgreich bei elektrisch angetriebenen Fahrrädern umgesetzt, lässt beim Auto noch auf sich warten. Geringe Reichweite, fehlende Wirtschaftlichkeit und Infrastruktur sind die Gründe für die Zurückhaltung der Käufer am Markt. So sieht Dieterich in der Elektromobilität auch keine



*Windschlüpfrig: So kann das E-Auto im Jahr 2020 aussehen*

Revolution, sondern eher eine Evolution. Für die Zukunft bis 2020 ist er eher skeptisch, was den Vormarsch der E-Fahrzeuge angeht. Das Speicherproblem elektrischer Energie müsse gelöst und die Leistungselektronik und elektrische Antriebstechnik für automobiler Anforderungen optimiert werden. Und: „Der Verbrennungsmotor ist immer noch ausbaufähig.“ Das Potenzial bei der Verringerung des Kraftstoffverbrauchs liege zwischen 10 und 15 Prozent. ■

*Michael Schröder*



*Zeichnung: Liebermann*

# Ein menschliches Antlitz für die Globalisierung

Internationale Standards für eine humane Ökonomie

**D**ie Globalisierung hat vielen Schwellenländern ein hohes Wirtschaftswachstum und beachtliche Einkommensverbesserungen beschert. Doch Millionen von Menschen leben weiter in bitterer Armut und leiden an Unterernährung. Trotz vielfacher internationaler Bemühungen sind die Arbeitsbedingungen in vielen Ländern nach wie vor menschenunwürdig. Nepotismus und Korruption hemmen die Wirtschaftstätigkeit. Die mangelhafte Durchsetzung gesetzlicher Regulierungen führt zu Umwelterstörung und Raubbau an den natürlichen Ressourcen. Das war der Ausgangspunkt des diesjährigen 8. Forums Menschenwürdige Wirtschaftsordnung.

Nicht nur die einzelnen Staaten und die internationale Gemeinschaft stehen in der Verantwortung. Auch global agierende Unternehmen sind dazu aufgerufen, einen eigenen Beitrag zu einer menschenwürdigen Ökonomie in diesen Ländern zu leisten. Genau dieses Ziel verfolgt der *Global Compact* der Vereinten Nationen, um Unternehmen auf wirtschaftsethische und nachhaltige Grundprinzipien ihres Wirtschaftens zu verpflichten.

## Globale Prinzipien

Julia Roloff von der Business School ESC Rennes in Frankreich erklärte, dass der im Jahr 2000 auf Initiative von Kofi Annan gegründete *Global Compact* sich zum Ziel setzte, der Globalisierung ein menschliches Antlitz zu verleihen. Multinationale Konzerne sollten zur Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen motiviert werden, um die großen Millenniumsziele u. a. zur Bekämpfung von Armut und Hunger, den universellen Zugang zur Bildung, Gleichstellung der Geschlechter, Nachhaltigkeit und Umweltschutz sowie verschiedene Ziele im Gesundheitsbereich zu erreichen.

Die beteiligten Unternehmen sollten auf ihrem Wirkungsfeld die allgemeinen Menschenrechte achten und wesentliche, auch international kodifizierte Normen zum Arbeits- und Um-

weltschutz sowie der Korruptionsbekämpfung einhalten. Die Mitgliedschaft erwarb man durch einen Brief an den UN-Generalsekretär.

## Zweifel an der Umsetzung

Jährliche Fortschrittsberichte wurden verlangt, doch fielen diese qualitativ sehr unterschiedlich aus. Erhebliche



*Julia Roloff stellte die Initiative Global Compact vor*

Zweifel seien angebracht, ob die entsprechenden Prinzipien wirklich ernsthaft verfolgt wurden – so die skeptische Einschätzung von Julia Roloff. Letztlich sei die Zivilgesellschaft die einzige wirksame Kontrolle zur Einhal-

tung der Verpflichtungen gewesen, die dann über Medien und Öffentlichkeit Unternehmen an den Pranger stellte.

## Konzerne zurückhaltend

Zunächst hätten sich nur wenige finanzstarke globale Unternehmen an der Initiative beteiligt. Die Mehrzahl der Mitglieder rekrutierte sich aus klein- und mittelständischen Unternehmen insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern. In den folgenden Jahren habe man versucht, möglichst viele Firmen für diese Initiative zu gewinnen und entsprechende Netzwerke zu fördern.

Die Möglichkeit des „Trittbrettfahrens“ und die wenig verbindliche und überprüfbare Implementierung der Ziele seien im Rahmen dieser Strategie zu einer ernststen Gefahr für die Glaubwürdigkeit der Initiative geworden. Einige markante Erfolge habe man beispielsweise im Rahmen von Unternehmenspartnerschaften von Produktions- und Vertriebsverbänden bei Kühlketten durch den Einsatz von umweltschonenden Technologien erreichen können.

## 7000 Unternehmen beteiligt

Bis zum Juni 2012 seien rund 7000 Unternehmen – von Großunternehmen bis zu Drei-Mann-Betrieben – aus 135 Nationen am *Global Compact* beteiligt. Davon hätten fast drei Viertel zugegeben, dass sie noch lernen, wie die geforderten Prinzipien umzusetzen seien, erklärte Roloff. Vor allem bezüglich Menschenrechte und Korruptionsbekämpfung gäbe es Nachholbedarf. Überhaupt trage der *Global Compact* noch heute die Züge eines großen Experiments. Noch immer sei die Verpflichtung freiwillig, das Programm finanziere sich über Spenden, für den Beitritt reiche noch immer ein Brief an den UN-Generalsekretär und



die Überwachung der Vorgaben verbleibe letzten Endes bei der Zivilgesellschaft. Bisher habe man 3578 Unternehmen wieder ausgeschlossen. Im Moment bewege sich der *Global Compact* in Richtung einer freiwilligen Exzellenz-Initiative. Man plane, die Kontrollen strenger zu gestalten und bis zu 20 000 neue Teilnehmer zu gewinnen.

## Nachhaltigkeit als Voraussetzung

Franz Josef Radermacher ist bekannt geworden durch sein Eintreten für eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft und sein Engagement für den Global Marshall Plan – also eine gerechtere



*Franz Josef Radermacher tritt ein für eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft*

Globalisierung. Diese Grundsätze bestimmten den Vortrag des Ulmer Informatikers in Tutzing. Nachhaltigkeit sei für ihn erreicht, wenn ganz triviale Grundsätze verwirklicht werden: Das Ende unmenschlicher Arbeitsbedingungen und Lohnsklaverei – also Mindestlöhne und eine Grundversorgung mit Nahrungsmitteln.

## Dominanz der freien Märkte

Ein wesentlicher Fortschritt wäre es, wenn die Dollarmenge nicht mehr darüber entscheiden würde, wie ein politischer Prozess ende. Gleiches gelte für den globalen Wettbewerb. Nicht nur um ihn müsse gestritten werden, sondern auch um die Regeln dieses Wettbewerbs, die sich seit 30 Jahren nicht mehr geändert hätten. Radermacher

fragte: „Wieso konnte das Prinzip der freien Märkte so dominant werden? Warum wurde die Ordnungsfunktion für die Märkte so vernachlässigt?“

Korruption ist der Missbrauch der anvertrauten Macht zum eigenen Vorteil – so Caspar von Hauenschild, Vorstandsmitglied bei Transparency International (TI). Seine Organisation hat sich die Bekämpfung von Korruption auf die Fahnen geschrieben.



*Caspar von Hauenschild von Transparency International (TI) hat sich der Bekämpfung von Korruption verschrieben*

Er kennt die Unternehmen und ihre Schattenseiten, denn er hat in leitenden Positionen gearbeitet und sich schon früh der Korruptionsbekämpfung verschrieben. Er betonte, dass dies nicht nur eine moralische Aufgabe sei, sondern auch den Unternehmen und der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft nütze. Beispielsweise blühe Korruption dort, wo fairer Wettbewerb eher die Ausnahme als die Regel sei.

Korruption sei ein komplexes Phänomen, das man allerdings nur mit einer Strategie der kleinen Schritte überwinden könne. Der Dreiklang der Spielregeln Transparenz, Rechenschaft und Integrität sei entscheidend. Vorbilder mit Beispielsfunktion müsse es geben. Zudem könne die Politik ohne Zivilgesellschaft wenig ausrichten.

Auf staatlicher Ebene müsse man deshalb einen Integritätspakt für gleiche Bedingungen, beispielsweise bei Ausschreibungen, schaffen mit gleichzeitig hohen Strafen bei Regelverstößen. Auch international versuche TI öffent-

lichen Druck auszuüben. Der alljährliche Korruptionsindex bewerte Länder und sei ein wichtiger Indikator auch für ausländische Investoren.

Der Druck auf Regierungen wachse deshalb. „Der Index wird von allen wahrgenommen“, meinte von Hauenschild und erzählte: „Einmal rief ein afrikanischer Despot persönlich bei uns an und erkundigte sich, wie viel es kosten würde, im Ranking besser platziert zu sein.“

## Kampf gegen Geldwäsche

TI kämpft auch gegen Schattenfinanzplätze, in denen schwarze Konten lagern und Geld gewaschen werde. Hinzu kommen Studien zu Bestechlichkeit, Parteienfinanzierung und Lobbyismus in einzelnen Ländern. Ohne Transparenz, Rechenschaft und Integrität gehe also nichts, vor allem nicht in den Unternehmen selbst. Von Hauenschild hofft darauf, dass von Korruption betroffene Firmen aus ihren Fehlern lernen und später mit gutem Beispiel voran gehen. Der Schlüssel zu einem fairen Wettbewerb sei zu allererst gute Qualität – „denn dann ist Bestechung gar nicht nötig.“

## Druck auf Unternehmen

Können Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu einer menschenwürdigen Wirtschaftsordnung beitragen? Janina Curbach vom Institut für medizinische Soziologie der Universität Regensburg meint: Ja. Denn kritische NGOs übten vielfach Druck auf Unternehmen aus, um höchstmögliche Sozial- und Umweltstandards einzuhalten. Ein Vertrauensvorschuss bei den Bürgern erleichtere ihnen entsprechende Kampagnen.

NGOs wären durchaus in der Lage, die Legitimationsgrundlagen von Unternehmen zu verändern. Sie erreichten dies in international vernetzten Initiativen entweder durch Kooperation (WWF und die Brauerei Krombacher) oder durch Konfrontation (Greenpeace und Shell oder der „Goldene Windbeutel“ von foodwatch). Doch NGOs



scheiterten auch, wenn Skandale nicht genügend Publizität und Protestpotential erzeugen.

## Verbraucherbewusstsein

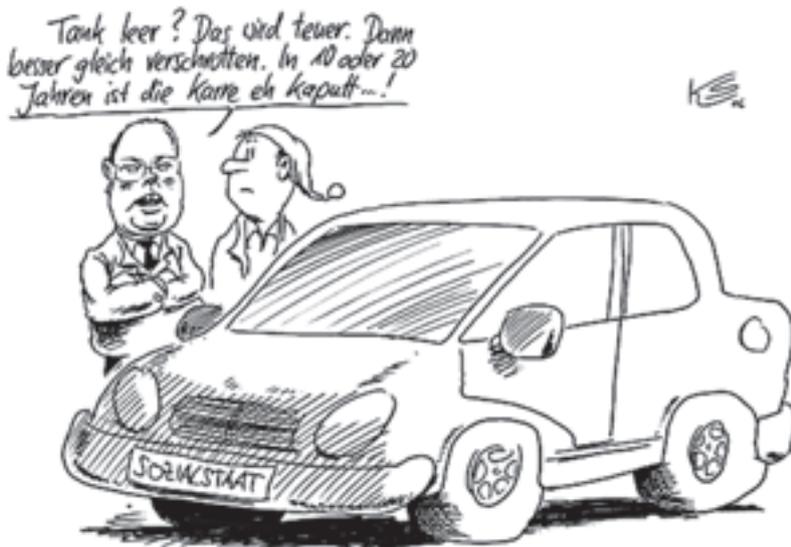
Tragen auch die Konsumenten Verantwortung? Ludger Heidbrink und Imke Schmidt vom Kulturwissenschaftlichen Institut Essen sind sich einig: Wir alle tragen sie – für die soziale Gerechtigkeit, für die ökologische Ver-

träglichkeit, für uns selbst. „Doch wir sind nur Moral- und Ethikrhetoriker. Wir handeln nicht danach“, äußerte Heidbrink und erklärte: Nur vier bis acht Prozent der verkauften Güter gehören dem sogenannten sozialen und ethischen Markt an. Viel zu selten fragten wir uns: Was benötige ich wirklich? Wie viel Energie ist für dieses Produkt verwendet worden? Muss ich dieses Gerät oder jenes Hemd wirklich schon auf den Müll schmeißen?

Michael Abländer vom Internationalen Hochschulinstitut Zittau fragte: Kann ein Unternehmen ein „guter Bürger“ sein?

## Verantwortung von Unternehmen

Die Spannweite der Verantwortung von Unternehmen in einer Gesellschaft sei weit gesteckt. Man dürfe jedoch nicht vergessen, dass unternehmerisches Handeln in erster Linie gewinnorientiert sein muss. Gesellschaftliches Engagement sei normalerweise für Unternehmen rein strategischer Natur. Es könne aber passieren, dass sie plötzlich bürgerliche Rechte (wie betriebliche Mitbestimmung) garantierten – weil sie zum Beispiel in ein Land expandierten, in dem die Regierung dies nicht gewährleistet. Vielfach geschehe dies jedoch erst, wenn bei Unterlassung der öffentliche Druck einen Imageschaden verursachen würde. Meistens beschränkten sich Firmen aber auf die Unterstützung von Projekten vor Ort und ergänzten die Leistungen des Staates. Nicht genug? Mag sein. Doch bei allem, was darüber hinausgeht, muss man sich fragen: Woraus besteht die demokratische Legitimation eines Wirtschaftsunternehmens? ■



Zeichnung: Stuttmann

Sebastian Haas / Wolfgang Quaisser

## Akademie toppt ihr Landkreislaufergebnis erneut

Bei ihrer dritten Teilnahme am Starnberger Landkreislaufer verbesserte das Team der Akademie sein Ergebnis erneut: Nach Rang 58 und 50 gab es nun im Jahr 2012 in Perchting eine Top-40-Platzierung. Schwarz auf Weiß steht es geschrieben: 3 Stunden, 6 Minuten und 29 Sekunden für eine Strecke von knapp 42 Kilometern. Das bedeutet Rang 33 in der Landkreislauferwertung, geschlagen fast nur von Leistungssportlern. In der Gesamtwertung befanden sich keine zehn Mannschaften vor unserem Team, die sich nicht aus Sportvereinen rekrutiert hatten. Und besonders erwähnenswert ist die Zeit von Ondrej Kalina, der die 5,1 Kilometer in weniger als 20 Minuten lief. ■ SH



Leider nur ein Teil unserer erfolgreichen Mannschaft: Ondrej Kalina, Sebastian Haas, Manfred Schwarzmeier, Armin Seemann, Michael Mayer, Beate Ratberger und Gero Kellermann (von links)

# Ein Starterkit für den Berufseinstieg

Impulse für offene Unterrichtsformen in der Sozialkunde

**D**ie Angebote der staatlichen Lehrerfortbildung in Bayern sind breit gefächert. Auch in Zusammenarbeit mit unserer Akademie bietet die Dillinger Akademie eine große Palette von Themen. Doch eine Zielgruppe wird nicht berücksichtigt: Referendare in der Ausbildung. Diese Lücke schließt die Akademie für Politische Bildung gemeinsam mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung. Bereits zum zweiten Mal wurde eine Fortbildung für Referendare im Fach Sozialkunde angeboten, die ein Starterkit und Impulse für den Berufseinstieg lieferte. Ziel: Vermittlung eines umfangreichen Methodenrepertoires für offene Unterrichtsformen.

Große Probleme haben auch erfahrene Lehrkräfte mit dem einstündigen Fach Sozialkunde: Da fällt es schwer, in der knappen Zeit Methodenvielfalt zu praktizieren. Oft bleibt nur der auf die Lehrkraft zentrierte Unterricht übrig – im Volksmund auch Frontalunterricht genannt. Bettina Mordstein, selbst Sozialkundelehrerin aus Augsburg, orientiert sich an einem Satz von Konfuzius: „Lass es mich tun, und ich begreife!“ Aktivierende, offene Unterrichtsformen sind für sie wesentliches Merkmal und eine Bedingung für er-

folgreiches Lernen: „Wissen wird neu konstruiert. Die Lernenden sind aktiv“, sagt sie. Sie sieht den Lehrer als Berater und Trainer – auch unter den schwierigen Bedingungen des 1-Stunden-Fachs Sozialkunde. Kreativität sei gefragt: Zusammenlegung von Stunden und Projekte seien möglich. Und gemäß dem Motto des Seminars blieb es nicht bei der Theorie: die Teilnehmerinnen und Teilnehmer probierten die Methoden selbst aus: World Cafe, Erkundung, Spicker, Portfolio, Talkshow und Webquest.



*Hier berät das Bundesverfassungsgericht – in der Simulation nur Richterinnen – gerade über eine Verfassungsbeschwerde*

*Foto: Schröder*

Etwas mehr Zeit – mindestens zwei Schulstunden – braucht das Planspiel „Soundcheck“, das Stefan Rappenglück von der Hochschule München vorstellte.

## Planspiel zum Rechtsextremismus

Eine Schülerband, die bei einem Schulkonzert auftreten soll, wird bezichtigt, rechtsextreme und rassistische Liedtexte zu haben und ein nazistisches Logo zu verwenden. Die Schülerversammlung berät das Problem und soll eine Empfehlung an die Schulleitung geben: den Auftritt verbieten? Die Band singen lassen? Oder gibt es einen Kompromiss, auf den sich alle einigen können? Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer übernahmen die Rollen von Fans und Gegnern eines Auftritts und einigten sich schließlich mit Zwei-Drittel-Mehrheit auf eine Lösung: Auftritt der Band ohne das betreffende Lied. Die Band selbst allerdings wollte da nicht mitmachen.

Nach Rappenglück kann das Planspiel gleichzeitig viel leisten: Es vermittelt Handlungs- und Prozessorientierung und integriert Fach-, Methoden-, Sozial- und Kommunikationskompetenz. Er ist überzeugt: „Durch die Simulationen werden Fach- und Faktenwissen, Strukturen, Entscheidungsabläufe und Gremien nachhaltiger als in konventionellen Vermittlungsformen vermittelt. Macht- und Herrschaftsstrukturen werden besser durchschaut, die Schüler lernen, wie man seine Interessen effektiv durchsetzt und wie Konflikte friedlich reguliert und gelöst werden können. „Insgesamt werden im Planspiel politische Prozesse besser verstanden“, sagt der Münchner Politikwissenschaftler.

Gesetzgebung und Grundrechte gelten gemeinhin eher als trockener und abstrakter Lernstoff, der schwer vermittelbar ist. Bernd Jacobi, früher selbst



in der Ausbildung von Referendaren tätig, bewies das Gegenteil. Mit Themen aus der Erfahrungs- und Alltagswelt der Schüler konnte er so die Teilnehmer aktiv an der Diskussion beteiligen: Anhand der tatsächlich stattgefundenen konkreten Verfassungsbeschwerden über „Geschwisterinzest“, „Luftsicherheit und Terrorismus“ und „Drogen im Straßenverkehr“ ließ Jacobi eine Beratung des Bundesverfassungsgerichts simulieren und die Teilnehmer in die Rollen von Verfassungs-

richtern schlüpfen. Schnell wurde aus abstraktem Staatsrecht erfahrbare Wirklichkeit.

## Recht wird konkret

Den Gesetzgebungsprozess stellten die Teilnehmer mit der bayerischen Gesetzesinitiative zum geplanten Verbot von PC-Killerspielen nach: Parteien, Sachverständige und Lobbyisten brachten nacheinander ihre Standpunkte und Vorschläge in die Diskus-

sion ein. Auch bei diesem Beispiel erlebten die Teilnehmer, wie positiv sich solche offenen Unterrichtsformen auf das eigene Lernen auswirken.

So wich denn auch die anfängliche Skepsis gegenüber offenen Formen unter den schwierigen Bedingungen eines 1-Stunden-Fachs mehr und mehr der Bereitschaft, diese praktizierten Modelle selbst einmal in der eigenen Unterrichtspraxis auszuprobieren. ■

*Michael Schröder*

## Feiern am See

### Prominente Gäste beim Sommerfest der Akademie

An einem schönen Sommerabend – ausnahmsweise ohne Regen und Gewitter – konnte Direktorin Ursula Münch etwa 300 Gäste im Garten beim Sommerfest der Akademie begrüßen.

Ursula Münch nutzte ihre erste Begrüßungsrede bei einem Gartenfest, um den versammelten Gästen zu berichten, was in unserem Haus inhaltlich vorangeht. So hatte die Direktorin bei ihrer Amtseinführung im November 2011 angekündigt, auch junge Menschen mit politischer Bildung anzusprechen – „schließlich kommt es darauf an, dass die heute Jungen lernen, sich für die Demokratie zu engagieren“. Dass politische Bildung für alle bitter nötig ist, gerade in Zeiten der europäischen Krise, sagte Ursula Münch sehr deutlich: „Der Hinweis auf die Alternativlosigkeit einzelner Maßnahmen ist kontraproduktiv – sowohl für die Diskussion der sinnvollen Lösungen als auch für die Bereitschaft der Bürger, sich an diesen Diskussionen konstruktiv zu beteiligen. Die Aufgabe des immer wieder Erklärens, des für Verständnis Werbens, des Nachfragens und nach Alternativen Suchen gehört zur Demokratie.“

Dem hat die Akademie Taten folgen lassen. Wir öffnen unsere Veranstaltungen vermehrt für die Bürger rund um Tutzing, wollen den Fokus wei-



*Einige der Ehrengäste beim Sommerfest: Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, der Vizepräsident des Bayerischen Landtags Franz Maget, der bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil, Akademiedirektorin Ursula Münch, der Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Freien Wähler im Bayerischen Landtag, Michael Piazzolo, die Landtagsabgeordnete Ursula Männle (CSU) sowie der Bundestagsabgeordnete Jerzy Montag (von links)*

*Foto: Haas*

terhin auf europäische Themen legen und haben im Sommer die ersten Politiksimulationen „EuropaPolitik erleben!“ mit Schülern aus dem Gymnasium Tutzing und in Zusammenarbeit mit der internationalen Talent Akademie der Fraunhofer-Gesellschaft in Lindau durchgeführt.

Für die Musik sorgten in unserem Auditorium Thomas Bouterwek am Saxophon und Antje Uhle an einem echten Steinway-Flügel. Das Steinway-Haus München hat uns das wertvolle Musikinstrument extra für das Gartenfest zur Verfügung gestellt – und leiht uns im Herbst nochmals einen Flügel. ■ SH

*(Siehe Presseschau Seite 35)*

# Für ein Miteinander der Kulturen

Experten für Migration diskutieren Integrationshindernisse

**W**as fördert, was verhindert die Integration von Migranten? Wie entstehen Feindbilder? Welches politische und zivilgesellschaftliche Handeln beugt einem alltäglichen Rassismus vor? Diesen Fragen ging eine Podiumsdiskussion im Münchner Rathaus zum Thema „Integrationshindernis Ausländerfeindlichkeit“ nach. Die Akademie der Nationen des Diözesan-Caritasverbands und die Akademie für Politische Bildung Tutzing hatten Experten und Interessierte aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zum Gespräch geladen. Dass sie damit einen Nerv der Münchner Stadtgesellschaft getroffen hatten, zeigte die große Resonanz der Veranstaltung, zu der über 150 Teilnehmer kamen.

Es habe in letzter Zeit nicht an Beispielen für ausländerfeindliches Klima gefehlt, auch wenn die Grundstimmung bislang integrationsfreundlich sei, sagte Norma Mattarei, die Leiterin der Akademie der Nationen. „Es wäre naiv zu denken, dass wir in einer demokratischen Gesellschaft leben, die gegen extremistische Machenschaften immun ist.“ Die Euro- und Schuldenkrise und der Umgang damit verschärften Resentiments und führten zur Entstehung von Feindbildern und neuen gesellschaftlichen Spaltungen, so Mattarei. Die Verunsicherung bis in die Mittelschichten hinein fördere weltweit autoritäre Tendenzen und den Ausschluss der jeweils anderen.

Die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, die heute Deutschland in der UN-Kommission für internationale Migration vertritt, sprach sich für neue Anstrengungen bei der Integration aus. Die politische Gestaltung von Einwanderung in Deutschland sei lange Zeit versäumt worden. Die entscheidende Hilfe für Migranten sei nicht von der Politik, sondern von zivilgesellschaftlichen Gruppen ausgegangen. Heute sei es eine Tatsache, dass „wir bunter geworden sind“, so Süßmuth. „Es tut unserer Gesellschaft gut, miteinander und voneinander zu lernen.“ Es gehe darum, die vielen Talente junger Migranten zu nutzen. „Wir sind bei der Integration am An-

fang. Um als Deutsche und Europäer weiterzukommen, müssen wir alle Kraft für ein Miteinander der Kulturen aufwenden.“



*Rita Süßmuth: Talente junger Migranten nutzen* Fotos: Haas

Ulrich Wagner, Professor für Sozialpsychologie an der Universität Marburg, erläuterte neueste wissenschaftliche Studien. So sei Ausländerfeindlichkeit vor allem gegenüber Menschen aus muslimischen Ländern und dem Nahen Osten auszumachen. Es zeige sich auch, dass die Ausländerfeindlichkeit dort am niedrigsten sei, wo es den höchsten Migrantenanteil in der Bevölkerung gebe. Die Erfahrung der Ausgrenzung führe bei Migranten oft dazu, dass sie sich selbst abschotten und sich nicht um Integration be-

mühten. Der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, plädierte dafür, den Begriff „Ausländerfeindlichkeit“ durch Rassismus zu ersetzen. Viele Probleme der Integration seien „Unterschichten-Probleme“. Er frage sich deshalb nicht, wie könne man den Türken in Deutschland helfen, sondern wie schafften es



*Kenan Kolat: „Viele Probleme der Integration sind ‚Unterschichten-Probleme‘“*

alle gesellschaftlichen Kräfte gemeinsam, Deutschland voran zu bringen, den Euro zu stabilisieren und den Wissenschaftsstandort Deutschland zu erhalten.

Der Münchner CSU-Stadtrat und Vorstandsmitglied der Israelitischen Kultusgemeinde, Marian Offman, bezeichnete die Bildungsnachteile von Migrantenkindern als die große Herausforderung der Stadt. 70 Prozent der unter 5-Jährigen in München habe ausländische Wurzeln. Mit der „Münchner Förderformel“ zum Beispiel gebe die Stadt 50 Millionen Euro für zusätzliche Fördermaßnahmen im Krippen- und Kindertagesstättenbereich aus, um Kindern gleiche Startchancen in der Schule zu ermöglichen. ■

*Adelheid Utters-Adam*

# Strategien und Argumente gegen politischen Extremismus

„Die Rollenspiele und anderen kreativen Methoden waren super, weil man so besser lernt und sich alles gut merken kann.“ Die 19-jährige Laura aus Niederbayern (Name geändert) lernt Bürokauffrau. Gerade hat sie in einem Planspiel die Sängerin einer Schülerband gespielt, der ihre rassistischen Texte vorgeworfen werden. Sie ist zusammen mit weiteren 21 Berufsschülerinnen und Berufsschülern aus ganz Bayern Teilnehmerin eines Seminars über politischen Extremismus. Es wurde vom bayerischen Kultusministerium initiiert und mit finanzieller Unterstützung der Heinz-Nixdorf-Stiftung an der Akademie für Politische Bildung Tutzing zum ersten Mal durchgeführt.

**C**liquen rechtsextremistischer Jugendlicher sind auch auf bayerischen Schulhöfen keine Seltenheit mehr. Immer wieder werden Schülerinnen und Schüler an ihren Schulen mit rechtsextremen und fremdenfeindlichen Parolen und Gedanken

Friederike Hartl und Tobias Ehrht sind zusammen mit Akademiedozent Michael Schröder das Leitungsteam. Sie arbeiten für das „Team meX“ der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg. Dabei handelt es sich um ein Präventionsangebot



Abstimmung im Schülerrat: Ist der Text nun extremistisch oder nicht?

Foto: Groß

konfrontiert. Die NPD verteilt mit Erfolg vor den Schulen ihre berühmte „Schulhof-CD“ mit rechtsextremer Musik und Texten. Extreme und extremistische Strömungen verzeichnen gerade auch bei Jugendlichen Zulauf und Zustimmung.

gegen Rechtsextremismus. Ziel ist es, zu sensibilisieren, aufzuklären und das Werkzeug für zivilcouragiertes Han-

## Linktipp:

<http://www.team-mex.de/>

deln gegen Rechtsextremismus zu vermitteln. Mit Hilfe vielfältiger Methoden und Workshops sowie dem Planspiel „Soundcheck“ werden die Argumente gegen Extremismus geschärft.

So werden die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur erfolgreichen Auseinandersetzung mit Rassismus und populistischen Parolen befähigt. Dass man dabei ohne den erhobenen Zeigefinger auskam, bestätigt Steffi (22). Sie lernt Kinderpflegerin und sagt: „Durch die kreative Arbeit in der Gruppe habe ich sehr viel mitgenommen.“ Sie möchte gern ein Fortsetzungsseminar besuchen und das Gehörte noch vertiefen.

## Aktive Streiter für zentrale Werte

Da viele der Schülerinnen und Schüler sich in ihren Schulen als Schulsprecher, Schülerzeitungsredakteure oder auch allgemein gesellschaftspolitisch engagieren, ist das Seminar ein gutes Beispiel für die Arbeit der Akademie mit jungen Multiplikatoren.

Die diskussionsfreudigen und kritischen Jugendlichen erwiesen sich alle als aktive Streiter für die zentralen Werte unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Sie zeigten sich stark und gewappnet für die Auseinandersetzung mit extremistischen Denkmustern und menschenverachtenden Ideologien.

Und damit die Tutzinger Erfahrungen nicht verloren gehen, wurde spontan eine Facebook-Gruppe gegründet, um über das Seminar hinaus Kontakt untereinander zu halten. Einmal mehr ein gutes Beispiel für den sinnvollen Einsatz sozialer Netzwerke in der politischen Bildung. ■

Michael Schröder

# Vorbild Europa für den Nahen Osten?

Michael Wolffsohn hält einen Staatenbund für möglich

**K**ann im Nahen Osten ein Prozess ähnlich dem der europäischen Einigung in Gang gebracht werden? Michael Wolffsohn, emeritierter Professor an der Bundeswehruniversität München, erklärte bei einer Tagung zur Geschichte des Nahostkonflikts, warum dies möglich, ja sogar notwendig ist.

„Wer über die Gründung Israels spricht, spricht über die Gegenwart und die Zukunft des Nahen Ostens“, so Wolffsohn. Die Entstehung des Staates Israel müsse im Zusammenhang mit den weltweiten Entkolonialisierungsprozessen des 19. und 20. Jahrhunderts gesehen werden. Sowohl die These „ohne Hitler kein Israel“ als auch die Ansicht, Großbritannien und die Vereinigten Staaten hätten die Entstehung dieses Staates gefördert, seien falsch.

Israel weise eine für entkolonialisierte Staaten typische binationale Struktur auf. Diese werde langfristig zum Zerfall Israels und infolgedessen auch zu einem Auseinanderbrechen der Nachbarstaaten führen.

Die einzige Möglichkeit, dem entgegenzuwirken, bestehe laut Wolffsohn in der Gründung eines Staatenbundes. Als Beispiel für eine erfolgreiche Umsetzung hierfür nennt er den Europäischen Integrationsprozess. Dieser hätte beginnend mit dem Schuman-Plan zu einer „Verzahnung“ anstelle einer „Verbeißung“ der beiden feindlich gesinnten Länder Deutschland und Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg geführt. Eine ähnliche Lösung im Nahen Osten sieht er durch einen Staatenverbund zwischen einem Bundesstaat Israel und einem Bundesstaat Palästina gegeben. Palästinenser in Israel könnten dabei frei entscheiden, welche Staatsbürgerschaft sie annehmen wollen.

## Unsicherheit und Vorurteile

Doch ist eine solche Lösung angesichts der komplexen Problematik des Nahostkonflikts durchführbar? Ein umfassendes Stimmungsbild des all-



Michael Wolffsohn hat eine Idee für eine Friedenslösung im Nahen Osten

täglichen Lebens lieferte der Buchautor Michael Schäuble, der in Israel und Palästina tätig war. Schäuble beleuchtete den Nahostkonflikt von beiden Seiten, indem er in Zeitzeugenberichten sowohl Israelis als auch Palästinenser zu Wort kommen lässt. Oftmals herrschen Unsicherheit, Unwissenheit und Vorurteile über die jeweils andere Bevölkerungsgruppe, die eine Annäherung erschweren. Beide Völker seien traumatisiert: die Palästinenser durch die seit fast einem Jahrhundert andauernde Besatzung, die Israelis

durch die häufig geführten Kriege. Die Ziehung von Grenzen, die Frage nach der Hauptstadt sowie der Zugang zu Wasserquellen stellen die hauptsächlichsten Konflikte zwischen Israelis und Palästinensern dar.

Zusätzlich kämpfen beide Seiten mit inneren Schwierigkeiten. So seien die Palästinensischen Autonomiegebiete seit 2007 zweigeteilt: Im Gazastreifen herrscht die Hamas, während das Westjordanland von der Fatah regiert wird. Hinzu käme der seit 1948 bestehende Flüchtlingsstatus der Palästinenser, der beständig an die nächsten Generationen weitergegeben wird.

## Probleme auf beiden Seiten

Die Israelis wiederum müssten sich mit ultra-orthodoxen Tendenzen auseinandersetzen. Viele der strenggläubigen Juden würden als Hauptbeschäftigung die Religion ansehen. Deshalb müssen sie staatliche Hilfen zum Lebensunterhalt in Anspruch nehmen und gehen nicht zum Militärdienst.

Diese Probleme innerhalb der Bevölkerungsgruppen sowie diejenigen, die beide Seiten betreffen, erschweren eine Verbesserung der Lage im Nahen Osten, sagte Schäuble. Doch kann der Nahost-Konflikt gelöst werden?

Im Gegensatz zu Wolffsohn vertritt Schäuble eine pessimistischere Einschätzung. Er hält weder eine Ein-, noch eine Zwei-Staaten-Lösung für denkbar. ■

Stefanie Kraus

# Spuren der Geschichte in Sibirien

## 7. deutsch-russische Historikerkonferenz in Tscheljabinsk

**D**er graue Himmel breitet sich über endlose Birkenhaine aus, die ganz anders als mitteleuropäische Laub- und Nadelwälder nicht in tiefer Dunkelheit enden, sondern aufgrund der weißen Stämme ein gleißend-helles Licht auszustrahlen scheinen. An einem großen See enden die Baumreihen, und am gegenüberliegenden Ufer befindet sich die sibirische Millionenstadt Tscheljabinsk.

Bis 1991 war es für westliche Besucher verboten, die Stadt und die umliegende Region zu betreten. Selbst Sowjetbürger gelangten nur mit einer Sondergenehmigung in das Gebiet. Hier befand sich eines der bedeutendsten Atomforschungszentren des Landes. Es wurde 1946 als „geheime Stadt“ Tscheljabinsk von 70 000 Zwangsarbeitern, darunter deutschen Kriegsgefangenen, aus dem Boden gestampft. Zugleich wurden in einer großen Rüstungsfabrik seit dem Zweiten Weltkrieg vor allem Panzer produziert, weshalb Tscheljabinsk in Russland immer noch als „Tankograd“, als Panzerstadt, bekannt ist.

Die Akademie hat ganz bewusst an diesem für westliche Verhältnisse abgelegenen Ort im südlichen Ural seine diesjährige deutsch-russische Historikerkonferenz veranstaltet\*. 22 deutsche und russische Historiker debattierten über mehrere Tage das Thema „Die Arbeit an der Vergangenheit. Das 20. Jahrhundert im Gedächtnis und in der Kommunikation russischer und deutscher Nachkriegsgenerationen“. Den Auftakt bildeten Referate zu methodologischen Fragen von

„Erinnerungskultur“ und „Generationengeschichte“, gefolgt von den Sektionen „Der Zweite Weltkrieg als generationeller Erinnerungsort“, „Generation als privates Deutungsmuster“, „Positive Erinnerungsorte und generationelle Identität“, „Generationalität und politischer Wandel“ sowie „Generationelle Fiktionalisierung von Vergangenheit“.

Einen ungewohnten Einblick in die generationelle Erfahrung der sowjetischen Kinder während des Zweiten Weltkriegs bot Arkady Tsfasman. Als Sohn jüdischer Eltern in Weißrussland geboren, erlebte er als Kind den deutschen Einmarsch in die Sowjetunion im Juni 1941. Die erste Begegnung mit Deutschland bestand für seine Gene-



Die Staatliche Universität Süd-Ural in Tscheljabinsk  
Foto: Novosti

ration zumeist darin, dass deutsche Bomber die Dörfer und Städte im Westen des Landes angriffen. Die Kinder, so berichtete Tsfasman, waren oftmals begeistert von den Explosionen der einschlagenden Geschosse und begriffen nicht die Tragweite der Ereignisse. In einem Dorf etwa war eine Bombe in einem benachbarten Teich detoniert.

Kaum waren die deutschen Flieger abgedreht, eilten die Kinder dorthin und sammelten die Fische ein, die nunmehr tot auf dem Wasser trieben.

### Flucht und Zwangsarbeit

Der bevorstehende Einmarsch deutscher Truppen – dies mag die heutige Generation überraschen – wurde von der jüdischen Bevölkerung der Dörfer nicht allein mit Schrecken erwartet. Gerade die Älteren erinnerten sich noch an die Eroberung des Gebiets durch Soldaten des deutschen Kaiserreichs im Frühjahr 1918, bei dem sich die Deutschen, so erinnert dies Tsfasman, korrekt verhalten hätten. Es habe damals sogar besonders enge Bindungen der deutschen Truppe zur jüdischen Bevölkerung gegeben, da diese Menschen aufgrund der jiddischen Sprache mit den Deutschen kommunizieren konnten.

1941 gab es aber auch Familien, die eine Flucht vorzogen. Tsfasman etwa floh mit seinen Geschwistern und seiner Mutter in einem Zug nach Osten, der zuweilen auch von deutschen Tieffliegern angegriffen wurde. Teilweise wurden die Flüchtlingszüge auch von lokalen sowjetischen

Banditen angehalten, wobei oftmals die Juden ausgeraubt und aus den Zügen geworfen wurden – ein Beispiel für den auch in der Sowjetunion virulenten Antisemitismus. Tsfasman erreichte jedoch mit seiner Familie das sichere Tscheljabinsk. Die Deutschen, die er in den folgenden Jahren zu Gesicht bekam, waren Kriegsgefangene oder Russlanddeutsche, die in Lagern in der Region untergebracht waren und hier Zwangsarbeit leisteten. Nur durch seine Flucht blieben Tsfasman und seine Familie vom Massenmord in den von Deutschland besetzten Gebieten der Sowjetunion verschont. ■

Michael Mayer

\* In Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, den Moskauer Dependancen des Deutschen Historischen Instituts und der Konrad-Adenauer-Stiftung, dem deutsch-russischen Museum Berlin-Karlshorst, der Arbeitsgruppe für deutsche Geschichte in Moskau sowie der Universität Tscheljabinsk.

# Forschen im transnationalen Raum

Junge Wissenschaftler aus fünf Nationen in der Nachwuchsakademie

**D**ie Akademie ist auch international über Ländergrenzen hinweg aktiv. Erstmals konnte jetzt eine Nachwuchsakademie gemeinsam mit der Sorbonne in Paris, dem King's College in London und dem Deutschen Historischen Institut in London orga-

nisiert werden. Dreißig Doktoranden und Referenten aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien und weiteren Staaten sprachen ein Wochenende über die Herausforderung, in mehreren Sprachen zu denken und zu promovieren. Dabei zeigten sich schnell die Unterschiede

der Wissenschaftslandschaft. So bieten britische Universitäten beispielsweise keine binationalen Promotionen an, während in Deutschland und Frankreich die grenzüberschreitende deutsch-französische Dissertation (*Cotutelle-de-Thèse*) keine Ausnahme mehr ist.

Der Eindruck drängt sich auf, dass Großbritannien immer mehr zur Einsprachigkeit verdammt wird, während auf dem europäischen Kontinent die Mehrsprachigkeit zur Regel wird. Damit stellt sich die Frage, wie sich Universitäten langfristig international positionieren wollen. Reicht es, so könnte man polemisch den britischen Universitäten zurufen, als Dienstleister zu fungieren, um (gegen hohe Studiengebühren) die auf den Weltmarkt drängenden asiatischen Oberschichten auszubilden? Welche gesellschaftspo-

litische Rolle bleibt Universitäten noch in einer sich globalisierenden Welt? Ist die britische Mittelklasse überhaupt noch in der Lage, eine hochwertige Ausbildung im eigenen Land zu finanzieren? Wie können sich andererseits Deutschland und Frankreich im globalen Wettbewerb um Bildung behaupten? Reicht es tatsächlich aus, wie dies in beiden Ländern geschieht, überforderten und unterfinanzierten Massenuniversitäten eine Handvoll Eliteeinrichtungen an die Seite zu stellen? Allein die Diskussion über die Zukunft

von Bildung zeigt, dass diese Fragen schon seit langem nicht mehr nur auf einer nationalstaatlichen Ebene beantwortet werden können.

## Vergleich von Kulturen

Die Debatte wurde in Tutzing durch verschiedene Impulsreferate angeregt. Hartmut Kaelble von der Humboldt Universität Berlin hielt einen Vortrag mit dem Thema „Vergleich und Transfer: Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften.“



Das Referententeam der Tagung: Petra Dolata-Kreuzkamp, Mathieu Dubois, Bénédicte Zimmermann, Michael Mayer, Hartmut Kaelble und Benedikt Stuchtey (von links)



Ganz transnationaler Forscher referierte er zur Freude der Fraktion der Nicht-Deutschsprachigen kurzerhand auf Englisch. In seinem Vortrag skizzierte er zunächst die verschiedenen Phasen der Debatte um die methodischen Ansätze des historischen Vergleichs. Dabei spannte er einen Bogen von der meist auf Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die USA bezogene „historic comparison“ in den 1980er und 1990er Jahren über das sehr stark deutsch-französisch geprägte Konzept der Transfergeschichte bis hin zur „histoire croisée“.

Wichtig sei heutzutage vor allem, so Kaelble, dass es nicht mehr in erster Linie um das Bestätigen oder Widerlegen von Theorien ginge, sondern dass das Verstehen anderer Kulturen der eigentliche Zweck der Forschung sei. Dabei werde die interdisziplinäre Herangehensweise immer wichtiger, was man an der engen Zusammenarbeit von Geschichtswissenschaftlern etwa mit Kulturwissenschaftlern und Ethnologen erkennen könne. Auch die Selbstbetrachtung sei bei diesem Vorgehen von Bedeutung, da man beim Vergleich von Kulturen immer auch einen neuen Blick auf seine eigene Kultur erhalte, so Kaelble.

Außerdem erfreue sich das Konzept des historischen Vergleichs einer immer größeren Beliebtheit, was man an der steigenden Zahl von Dissertationen in diesem Bereich erkennen könne. Daneben würden beispielsweise bei der PISA-Studie Methoden des modernen historischen Vergleichs angewendet.

Kaelble betonte allerdings, dass es auch negative Ausprägungen des historischen Vergleichs gebe. Als Beispiel nannte er die aktuell immer wieder angestellten Vergleiche zwischen Deutschland und Griechenland, bei denen es nicht mehr um den Austausch oder das Verstehen, sondern um das Aufzeigen von vermeintlichen Fehlern gehe. Diese Form der „ugly historic comparison“ zeige eine Entwicklung in die völlig falsche Richtung.

Bénédicte Zimmermann von der École des Hautes Études en Sciences Sociales (EHESS) in Paris stellte das von ihr erarbeitete Konzept der „histoire croisée“, der „verflochtenen Geschichte“, vor, das in Forscherkreisen seit Jahren für Aufsehen sorgt. Bei diesem Ansatz einer multiperspektivischen Geschichtsschreibung seien die verschiedenen Blickwinkel und Dimensionen der Untersuchungsobjekte in den Mittelpunkt zu stellen. Eine „Verflechtungsgeschichte“ entstünde, wenn die wechselseitigen Transfers mehrerer Vergleichsobjekte aufgezeigt würden.

## Verflochtene Geschichte

Als Beispiel nannte Zimmermann die Geschichte des philippinischen Kindermädchens Rowena, die bei einer amerikanischen Familie angestellt ist, um sich um deren Nachwuchs zu kümmern. Gleichzeitig hat Rowena aber auch eigene Kinder auf den Philippinen, die sie jedoch nur selten sieht und die bei ihren Großeltern aufwachsen. Rowena nimmt diese Mühen aber auf sich, da sie der Meinung ist, ihren Kindern durch das Geld, das sie in den USA verdient, ein besseres Leben bieten zu können. Das amerikanische Gehalt ist vielfach höher als das, was sie auf den Philippinen in ihrem eigentlichen Beruf als Ingenieurin verdienen würde.

## Globalisierung der Arbeit

Schon diese kurze Erzählung könne man nun aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten, sagte Zimmermann: Zunächst gäbe es die Geschichte der philippinischen und amerikanischen Kinder, die jeweils nicht oder nicht wirklich von ihren eigenen Eltern großgezogen würden. Dabei sei das Verhältnis der Kinder zu ihren Eltern sowie zu den „Ersatzeltern“ zu untersuchen. Weiterhin gäbe es auch die ökonomische Perspektive, bei der man fragen könne, was die reichen ameri-

kanischen Eltern dazu bewege, eine Nanny einzustellen, bzw. weshalb das Kindermädchen seinen eigenen Nachwuchs in der Heimat zurücklässt (Stichwort „Globalisierung der Arbeit“).

Das Konzept der *histoire croisée* solle insgesamt als eine Art „Tool Box“ verstanden werden, um die verschiedenen Überschneidungen und Verflechtungen berücksichtigen zu können.

## Tipps und Ratschläge

Neben diesen Impulsreferaten wurden Workshops gebildet. Im Rahmen dieser kleineren Runden hatte jeder Teilnehmer die Möglichkeit, sein Projekt kurz vorzustellen und von den anderen Teilnehmern und den Tagungsleitern Feedback zu erhalten.

Neben den Inhalten der Präsentationen gab es natürlich noch einiges mehr an Gesprächsstoff, über das sich die Nachwuchsforscher austauschen konnten: Von Fragen der Finanzierung der Promotion über Schwierigkeiten beim Zugang zu besonderen Quellen oder Archiven bis hin zum Prozess der Publikation war fast jedes Thema vertreten.

Benedikt Stuchtey vom Deutschen Historischen Institut London gab Ratschläge zum Thema Stipendien und Petra Dolata-Kreuzkamp vom King's College London hatte Tipps zum Thema Jobchancen.

Michael Mayer von der Akademie und Mathieu Dubois von der Université de Paris IV – Sorbonne gingen intensiv auf die Herausforderungen, aber auch Vorteile von deutsch-französischen Promotionen ein. ■

*Michael Mayer*

# Literaturherbst in der Akademie

Breitgefächertes Programm von Poetry Slam bis Oskar Maria Graf

**Gleich drei literarische Veranstaltungen hintereinander bot die Akademie im Herbst ihren Tagungsgästen und dem interessierten Publikum aus der Region.**

**D**en Auftakt machte der Frankfurter Klangkünstler und Soundpoet Dirk Hülstrunk. Seine Performance „Texte zur RevoLotion“ hatte so gar nichts mit einer klassischen Autorenlesung zu tun. Stark beeinflusst von Dadaisten wie Kurt



Dirk Hülstrunk: „Wortlose Poesie“

Schwitters und Hugo Ball formt er mit Zunge, Kehlkopf und Lippen die absurdesten Laute und erklärt so, „warum ich am liebsten wenig Worte mache“. Mit dem „Gedicht gegen den Krieg“ oder dem „Lob der Arbeitslosen (Harald hatte Arbeit)“ verbindet er politische Aussagen. Wortspiele und -verdrehungen sind sein Element, in dem „sich die faulen Worte suhlen“. Wortlose Poesie nennt er das.

Am Ende der Vorstellung lädt er das Publikum zu einem elektronisch vervielfachten „Kompetenzchor“ ein, in dem „sich jeder wiederfinden kann“. Wer mehr von Hülstrunk hören möchte, sucht ihn am besten auf youtube oder seiner eigenen Homepage ([www.soundlikepoetry.de](http://www.soundlikepoetry.de)).

Ein Kontrastprogramm dazu bot der Berliner Schriftsteller Lutz Rathenow. 1952 in Jena geboren, geriet er bereits

Mitte der 1970er Jahre ins Visier der Staatssicherheit. Nach seinem Protest gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann bekam er 1976 Studier- und Publikationsverbot in der DDR.

Nachdem er seine Bücher dann im Westen veröffentlichte, saß er mehrere Monate im Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen. Seine in der DDR natürlich nicht publizierten Texte richteten sich gegen die Mauer, gegen das Eingesperrtsein, aber auch gegen die staatliche Anerkennung der DDR. Scheinbar harmlose Texte aus einem Kinderbuch über den „Wettkampf der Stinktiere“, wer besser stinken könne, wurde wegen „Friedensgefährdung“ verboten.

Auch heute hat Rathenow das Satirische nicht verlernt. 2009 erschien ein Text, in dem sich ein ehemaliger Stasi-Mitarbeiter bei einer Discounterkette als Personalüberwacher bewirbt und dort seine vielfältigen Kenntnisse einbringen möchte. Treppenwitz der Geschichte: Seit März 2011 ist Rathenow Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen. Eine späte Form der historischen Wiedergutmachung.

Im Rahmen der Tutzingener Kulturnacht bot die Akademie eine Lesung mit Texten von Oskar Maria Graf, die vom bekannten Rundfunksprecher und Regisseur Wolf Euba gestaltet wurde. Die Besucher wurden Ohrenzeugen einer zum Teil bedrückenden aber auch humorvollen Schilderung der Revoluti-



Wolf Euba ließ allein mit seiner Stimme Oskar Maria Graf und das München der Revolutionsjahre lebendig werden Fotos: Haas

onsjahre 1918/19 in München und der frühen 20er Jahre des letzten Jahrhunderts. Graf begegnet dem jungen Brecht und dem noch nicht bekannten Hitler. Euba lässt mit seiner Stimme die Figuren wieder lebendig werden. Klei-

ne Sketche und Stammtischszenen beleuchten den 30. Januar 1933, den Tag der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Da wird über Hindenburg und Papen schwadroniert und der Zuhörer meint, mitten drin in der Szene zu sein und am Nebentisch zu sitzen – dank der wandelbaren Stimme von Wolf Euba. Ernst wird es dann wieder als Graf nach Wien emigriert und schließlich

auch seine jüdische Frau Miriam nachkommt.

Der Abend fand seinen Höhepunkt mit dem berühmten Aufruf „Verbrennt mich“, den Graf im Wiener Exil nach den Bücherverbrennungen im Mai 1933 verfasst hatte. Der langanhaltende Beifall der 200 Gäste galt dem Autor Graf und seinem kongenialen Rezitator Euba. Die Akademie war zum ersten Mal bei der Tutzingener Kulturnacht dabei – aber sicher nicht das letzte Mal. ■

Michael Schröder  
(Siehe Presseschau Seite 36)



Lutz Rathenow: Im Visier der Staatssicherheit

# Frühes Engagement für Frauenpolitik

Gründungsbeirätin Paula Linhart im Alter von 106 Jahren verstorben

**A**ls am 24. Juli 1959 die konstituierende Sitzung des 1. Beirats der Akademie durch Staatsminister Theodor Maunz eröffnet wird, sitzt Paula Linhart (1906 – 2012) im Münchner Kultusministerium mit am Tisch. Bis ins Jahr 1963 hinein wird die engagierte Wohlfahrtspflegerin und Landesgeschäftsführerin der Aktion Jugendschutz die Frauenverbände im Gründungsbeirat der Akademie vertreten. Im August 2012 ist sie im Alter von 106 Jahren verstorben.

1959 hatten noch längst nicht alle entsendeberechtigten Einrichtungen und Organisationen ihre Beiratsvertreter bestellt. Während die Vertriebenenverbände, der Landessportverband, die bayerischen Hochschulen und der Verband der Freien Berufe noch ohne Repräsentanz waren, hatte sich die Gruppe der sogenannten Frauenorganisationen – dazu gehörten seinerzeit: die Arbeitsgemeinschaft der Wählerinnen (AdW), die Evangelische Frauenarbeit in Bayern, der Frauenring Bayerns sowie der Bayerische Landesverband des Katholischen Deutschen Frauenbundes – bereits recht zügig auf Paula Linhart als ihre Vertreterin im Beirat verständigt. Gemeinsam mit Gerda Laufer (für die SPD) wird sie zuvorderst die Fraueninteressen in die Beiratsarbeit einbringen.

## „Front“ der Frauen

Über das von Männern dominierte Gremium und ihre eigene Mitarbeit legt sie schon recht bald in den vom bayerischen Landesverband der Arbeitsgemeinschaft der Wählerinnen e.V. (AdW) herausgegebenen Mitteilungen vom 25. März 1960 umfassend Rechenschaft ab. Nach einer ausführlichen Beschreibung der Gründung, der Aufgabenstellung und des Aufbaus der Akademie heißt es bei ihr programmatisch: „In diesem Gremium bilden also unsere beiden (AdW)-Mitglieder, Gerda Laufer und Paula Linhart, die ‚Front‘ der Frauen.“ Dass diese Front immer noch eine kämpferische Aufgabe hat, zeigte die Bericht-

erstattung der *Süddeutschen Zeitung* über die 1. Beirats-Sitzung, in der die Frauenverbände geflissentlich übersehen worden waren.“



Paula Linhart (1906–2012)

Foto: Siebert

Mehrfach finden sich Belege ihres entschiedenen Eintretens für frauen- und gleichstellungspolitische Belange: „Dass die Frauenverbände die Möglichkeiten, die ihnen die Akademie bietet, sofort erfassten, zeigen ihre Tagungen und Kurse im vergangenen Jahr im Tutzingener Haus. Sie konnten dabei von den Vorzügen eines geeigneten Veranstaltungsrahmens, Mitwirkung der Dozenten und finanzielle Entlastung Gebrauch machen, da die Akademie in der Lage ist, kostenlose Unterkunft zu gewähren.“

Die erste Tagung im Februar 1959 vereinigte Vertreterinnen des Katholischen Frauenbundes, des Deutschen Frauenringes und der Arbeitsgemein-

schaft der Wählerinnen zu einem dreitägigen lebhaften Gedankenaustausch über das Thema „Frauenpolitik“ und stellte gleichzeitig die erste Verbindung der Organisationen zur Akademie her. Referate und Aussprache bewegten sich auf dem erhofften geistigen Niveau.“

## Partnerschaft von Mann und Frau

Als zweites Thema ist ihr die Partnerschaft von Mann und Frau im öffentlichen Leben wichtig: „Wir sind noch weit davon entfernt, als natürliche Partner zu gelten. Man stellt uns gelegentlich gönnerhaft oder auch lobend heraus, appelliert an unsere politische Verantwortung, unsere parteiliche Anständigkeit und ‚Liebe zur Sache‘. Aber immer noch entbehrt es der Selbstverständlichkeit, wenn Frauen politisch irgendwie ins Blickfeld rücken oder gerückt werden.“

Für ihre eigene Beiratstätigkeit sowie die Arbeit der Akademie insgesamt zieht sie daraus den Schluss: „Damit sich nun die obigen Anregungen praktisch auswirken können, habe ich als Vertreterin der Frauenverbände (...) dem Beirat offiziell die Themen ‚Der Zugang der Frauen zu den Parteien‘ sowie ‚Die Partnerschaft von Mann und Frau im öffentlichen Leben‘ für das Programm der Akademie vorgeschlagen.“

Der hohe Stellenwert von Frauen- und Genderfragen in der Akademiearbeit in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft kann mit Sicherheit auf das Engagement von frühen Aktivistinnen wie Paula Linhart zurückgeführt werden. Die Akademie gedenkt ihrer verstorbenen Gründungsbeirätin Paula Linhart in Dankbarkeit. ■

Steffen H. Elsner

# Thüringer mit Lederhose

Jörg Siegmund ist der neue Persönliche Referent der Direktorin

**A**kademiedirektorin Ursula Münch hat sich mit Jörg Siegmund einen neuen Persönlichen Referenten nach Tutzing geholt. Er löste am 1. Juli Ondrej Kalina ab, der zukünftig das Themengebiet „Gesellschaftlicher und politischer Wandel“ betreuen wird. Wir stellen den 39-jährigen Politikwissenschaftler im Gespräch vor.

**Report:** *Woher stammen Sie?*

**Jörg Siegmund:** Ich bin 1973 in Erfurt geboren. Dort habe ich auch nach der Wende 1993 Abitur gemacht und den Zivildienst absolviert.

*Sie waren bei der friedlichen Revolution in der DDR im Herbst 1989 16 Jahre alt.*

Ich war schon politisch sehr interessiert. Die Wendezeit und die Demonstrationen habe ich sehr bewusst miterlebt. Die Umbrüche in der Schule waren eine interessante und spannende Zeit. Ich war damals Klassensprecher. Es war eine Zeit der unglaublichen Freiheit – auch an der Schule. Plötzlich galten die alten Regeln nicht mehr. Die Lehrer waren sehr verunsichert. Wir begegneten denen plötzlich auf Augenhöhe. Alles musste neu verhandelt werden.

*Welche Erinnerung haben Sie an den 9. November 1989?*

Ich erinnere mich genau. In diesen spannenden Wochen liefen bei uns täglich Nachrichten. Erst „heute“ im ZDF, dann die „Aktuelle Kamera“ des DDR-Fernsehens und anschließend die „Tagesschau“. Die berühmte Mitteilung von Schabowski zur Reisefreiheit haben wir zunächst mal gar nicht verstanden. Was heißt das? Was meint der? Wir dachten, man kann raus, darf aber nicht wieder rein in die DDR. Erst am nächsten Tag haben wir begriffen, was da passiert war.

*Waren Ihre Eltern politisch engagiert?*

Die Familie meines Vaters ist sehr mit der DDR verhaftet – bodenständig,

aus dem Arbeitermilieu stammend. Mein Vater war Mitglied der SED und auch engagiert. Die Familie meiner Mutter war eher kritisch-distanziert, einige sind in den Westen gegangen. Das war manchmal sehr spannungsgeladen.



Jörg Siegmund

*Wo haben Sie studiert?*

Zunächst in Freiburg, wo ich zwei sehr schöne Studienjahre verlebt habe.

*Warum fiel die Entscheidung für Politikwissenschaft?*

In der DDR wollte ich Völkerrecht studieren. Damit wäre ich in den Auswärtigen Dienst gekommen. Da war das Politische schon angelegt.

*Sie haben Freiburg aber nach zwei Jahren wieder verlassen?*

Ich bin für ein Jahr mit einem DAAD-Stipendium nach Glasgow gegangen. Nach dem Grundstudium wollte ich mal was anderes kennenlernen.

*Kehrten Sie nach Freiburg zurück?*

Nein, ich ging nach München, weil ich an eine größere Universität wollte, die für das Hauptstudium mehr Möglichkeiten der Spezialisierung bot. Dort habe ich auch Examen gemacht.

*Wo war Ihre erste Anstellung?*

Zunächst hatte ich einen Lehrauftrag am Geschwister-Scholl-Institut in München, dann eine Assistentenstelle. Später kam ich an den Lehrstuhl von Werner Weidenfeld und auch an das Centrum für angewandte Politikforschung.

*Was ist der Unterschied zwischen Ihrer alten Tätigkeit an der Hochschule und hier an der Akademie?*

Meine Arbeit als Persönlicher Referent der Direktorin bringt sehr viel Kontakte und Netzwerkaktivität nach innen und außen. Früher war es doch eine sehr stille Schreibtischarbeit. Diese Kontakte empfinde ich als große Bereicherung.

*Was war bisher die größte Herausforderung?*

Am meisten hat mich die Organisation verschiedener Großveranstaltungen in Anspruch genommen – zum Beispiel das Akademiegespräch im Landtag.

*Zum Abschluss bitte noch ein paar private Auskünfte.*

Ich bin mit einer Ärztin verheiratet. Wir leben in München und haben einen Sohn, der fast drei Jahre alt ist. Im Februar erwarten wir unseren zweiten Sohn. Ich lebe seit 1998 hier und wir sind mit der Stadt inzwischen sehr fest verwurzelt. Seit einigen Jahren habe ich sogar eine Lederhose. ■

*Das Gespräch führte  
Michael Schröder*



Michael Spieker  
**Konkrete Menschenwürde**  
 Über Idee, Schutz und Bildung menschlicher Würde  
 Tutzingener Schriften zur Politischen Bildung  
 hrsg. von der Akademie für Politische Bildung Tutzing  
 WOCHENSCHAU Verlag, Schwalbach/Ts. 2012, 190 S.  
 ISBN 978-3-89974816-1

**W**as ist der Inhalt der Menschenwürde und wer ist ihr Träger? Der Streit darum entzündet sich immer wieder neu, ob es um bioethische Fragen oder um die Ordnung der Gesellschaft geht. Nicht selten wird aus der Umstrittenheit geschlossen, die Menschenwürde wäre ein leerer Begriff. Dann freilich könnte man sich ruhig von ihr verabschieden. Demgegenüber zeigt diese Arbeit die absolute Geltung von Menschenwürde auf. Selbst da, wo sie verletzt wird, wird sie noch als Voraussetzung in Anspruch genommen. Damit Menschenwürde sinnvoll gedacht werden kann, muss sie als Sache einer Handlung statt als Eigenschaft erkannt werden. Nach einem Gang durch die Entwicklung des Begriffs der Würde von Platon bis Hegel, zeigt sich hier die Widersprüchlichkeit der Menschenwürde. Sie besteht in einer freien Gabe und hat doch verpflichtenden Charakter, sie ist strikt individuell und dennoch sozial zu vermitteln. Im Blick auf Bioethik, Sozialstaatlichkeit und Bildung zeigen sich die Konsequenzen des konkreten Begriffs der Menschenwürde.

Heinrich Oberreuter  
**Republikanische Demokratie**  
 Der Verfassungsstaat im Wandel  
 Tutzingener Studien zur Politik  
 hrsg. von der Akademie für Politische Bildung Tutzing  
 NOMOS, Baden-Baden 2012, 516 S.  
 ISBN 978-3-8329-7213-4



**D**er Philosoph und Physiker Carl-Friedrich von Weizsäcker kennzeichnete den liberalen Rechtsstaat einmal als ein „moralisches Gut ersten Ranges“ und „seiner Verwirklichung in der repräsentativen Demokratie“ als eine „der intelligenten Erfindungen, die die Menschheit im Felde der Politik gemacht hat.“ Diese intelligente Erfindung sollte bei allem Wandel ihren historischen Anspruch auf Tradierung geltend machen dürfen, solange keine ebenso humane wie freiheitliche Alternative in Sicht ist. Institutionelle Formen mögen sich verändern und differenzieren, die ihnen vorausliegenden Leitideen, die im liberal-demokratischen Verfassungsstaat ihren Ausdruck finden, sicher nicht. Und da Institutionen Sinn repräsentieren, darf sich auch institutioneller Wandel nicht in Gegensatz zu diesem vollziehen.

Die über die Jahrzehnte entstandenen Beiträge dieses Bandes spüren dieser „intelligenten Erfindung“ der Menschheit in vielfältigen Facetten nach. Dass sie auch in der Perspektive des Verfassungsstaats zu verstehen sind, folgt aus der Tatsache, dass die Verfassung Gegenwart und Wandel Form und Ziel gibt. Das politische System löst sich nicht in Dynamik und Prozessen auf.

Hans Otto Seitschek berichtet in DIE TAGESPOST vom 4. Oktober 2012 über das Symposium „Leben für die Demokratie“ anlässlich des 70. Geburtstags von Heinrich Oberreuter:

### Politische Bildung schützt die demokratische Freiheit

... Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann, der in Vertretung von Ministerpräsident Seehofer erschienen war, sieht gerade im engagierten Vor- und Nachdenken die Brücke zwischen dem Innenressort und der politischen Bildung. Wichtig für die demokratische Kultur sind vermittelnde Persönlichkeiten wie Heinrich Oberreuter, der nicht gegen die Bürger, sondern mit ihnen Demokratie lebendig und lebbar macht. Der Dialog nimmt den Bürger zu den politischen Zielen mit und lässt ihn nicht als „Wutbürger“ zurück. Auch die Gefahren des Extremismus, die sich in Parteien wie der NPD zeigen, können damit früh abgewehrt werden.

Nicht zuletzt kam Herrmann auf die Blasphemie zu sprechen und schrieb dem modernen Verfassungsstaat ins Stammbuch, das zu schützen, was vielen Menschen das Heiligste und Höchste ist: Gott und die Religion. Meinungs- und Kunstfreiheit finden, so der Minister, dort Grenzen, wo die Religion des anderen verächtlich gemacht wird.

Aufgrund der krankheitsbedingten Absage von Werner J. Patzelt (Dresden) kam nun der zu Ehrende selbst zu Wort: Luzide analysierte Oberreuter den Bedeutungsverlust der großen Volksparteien, der den kleinen, oft neugegründeten Parteien zugute kommt. Gründe für diese nach dem Zweiten Weltkrieg beispiellose Entwicklung liegen insbesondere in der Unfähigkeit der großen Parteien, die Lebensstile der nachwachsenden Generation adäquat zu erfassen und darauf einzugehen. Auf diese fortschreitende Individualisierung können die großen Parteien immer weniger Antworten geben,

während, so Oberreuter, kleine Parteien wie die „Piraten“ mit „liquid democracy“ ein Konzept verfolgen, in dem nur die Anwesenden bei einer Abstimmung zählen. Jedoch können so keine Beschlüsse von langem Bestand erzielt werden. Schon bei der nächsten Abstimmung werden die Karten völlig neu gemischt. Ob damit auf lange Sicht stabile Wählerschaften mobilisiert und an die Partei gebunden werden können, bleibt zu bezweifeln, so Oberreuter weiter.

Ralf Müller im STRAUBINGER TAGBLATT vom 29. September 2012:

### „Gedächtnis und Gewissen der Demokratie“

Der ehemalige Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, Heinrich Oberreuter, sieht die Existenz der Volksparteien akut gefährdet. Die jüngsten Wahlergebnisse zeigten unter Berücksichtigung der Wahlbeteiligung, dass 50 Prozent der Bevölkerung mit dem Parteiensystem und 60 Prozent mit den Volksparteien unzufrieden seien, sagte Oberreuter auf einem Symposium, das die Akademie unter dem Titel „Leben für die Demokratie“ aus Anlass seines 70. Geburtstags abhielt.

Dies sei eine Aufforderung zur Veränderung „jenseits der Routine“, sagte Oberreuter. Union und SPD brachten es bei der Bundestagswahl 2009 zusammen nur noch auf 56,8 Prozent, gemessen an der Gesamtheit der Wahlberechtigten nur noch auf 39,7 Prozent. Das sei eine Folge davon,

Diese Analyse bestätigte der Geschäftsführer von Infratest dimap, Richard Hilmer, wobei er sich auf Ergebnisse der Demoskopie stützen konnte. Die Bindekraft großer Parteien nimmt ab, wobei kleine Parteien oft nur zwischenzeitlich eine höhere Bindekraft erzielen, beispielsweise die Grünen kurz nach der Atomkatastrophe in Fukushima. ...

*(siehe Bericht Seite 9)*

dass die Gesellschaft immer komplexer, vielfältiger und individualistischer werde, sagte Oberreuter. Eine weitere Folge sei auch der dramatische Mitgliederverlust der Volksparteien in den vergangenen zehn Jahren. So hätten die SPD 40 und die Union 30 Prozent ihrer Mitglieder verloren, die CSU immerhin nur 20 Prozent.

Diese Entwicklung werfe die Frage auf, ob die Bildung einer großen Koalition nach der nächsten Bundestagswahl 2013 nicht geradezu unvermeidlich sei, so Oberreuter. In Bayern habe die CSU die Chance, mit nur 44 bis 45 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit der Sitze im Landtag zu erringen. ...

*(siehe Bericht Seite 9)*

Lenka Jaloviecova in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 11. Juli 2012:

### Schüler machen Europa-Politik

„Jetzt dürfen Sie wieder nach Straßburg reisen“, sagt Tagungsleiter Robert Lohmann zu den Abgeordneten des Europaparlaments. Diese stehen auf und machen sich auf den Weg – allerdings nicht in die Hauptstadt der im Osten Frankreichs gelegenen Region Elsass, sondern in den Seminarraum nebenan, um sich dort mit der Akku-Richtlinie auseinander zu setzen.

„EuropaPolitik erleben“ heißt das Projekt, das von der Akademie für Politische Bildung Tutzing heuer zum ersten Mal initiiert wurde. 60 Schüler der zehnten Klassen des Tutzinger Gymnasiums nehmen daran teil und schlüpfen drei Tage lang in die Rollen von Europapolitikern und Medienvertre-

tern. „Mit diesem kleinen Rollenspiel erleben die Schüler, wie die europäische Politik funktioniert“, erklärt Ondrej Kalina, Tagungsleiter und Europa-Beauftragter der Akademie. Die Aufgabe: Gemeinsam muss der Nachwuchs des Europäischen Parlaments, des Europäischen Rats und der Europäischen Kommission ein neues Gesetz zur Regelung des Umgangs mit alten Batterien und Akkus verabschieden. Es geht um die Akku-Richtlinie – ein durchaus realer Gesetzgebungsprozess, der 2006 abgeschlossen wurde. Von den Schülern wird er in vereinfachter Form nachgespielt. Dabei werden selbst kleinste Details beachtet. Die jungen Politiker sind gemäß des Dresscodes gekleidet. In „Brüssel“ sind

Namensschilder der jeweiligen Länder nebst Flaggen aufgestellt, ein Rednerpult gibt es auch. Neben in „Straßburg“ ergibt sich ein ähnliches Bild.

Kaum im Europaparlament angekommen, gehen auch schon die hitzigen Diskussionen des Vortags weiter: Die zweite Lesung des Europäischen Parlaments steht auf dem Programm. Die Fraktionen beraten über das Verbot von Cadmium in Batterien, die Recycling- und Rücknahmeziele, die Kostenübernahme und die Kennzeichnungspflicht der Batterien. Die Ergebnisse werden noch am gleichen Tag dem Europäischen Rat vorgestellt. ...

LINDAUER ZEITUNG vom 7. August 2012:

### Wenn Schüler Jürgen Trittin spielen

Bereits zum achten Mal treffen sich seit Sonntag und noch bis zum 18. August besonders begabte Schülerinnen und Schüler aus den deutschsprachigen Alpen-Anrainerstaaten in Lindau. In den Räumen des Bodensee-Gymnasiums können sie ihr Wissen über Natur-, Geisteswissenschaften, Kunst und Kultur erweitern sowie sich grenzübergreifend auszutauschen. Beim Planspiel Europa schlüpfen die Teilnehmer in diesem Jahr in die Rolle von wirklichen Politikern und spielen den Entstehungsprozess einer Richtlinie der Europäischen Union nach. ...

Die Schülerinnen und Schüler erfahren dabei das System der Europäischen Union lebhaft und praxisbezogen. Sie schlüpfen in die Rolle

von echten Politikern und versuchen, ihre politischen Positionen während eines ordentlichen Gesetzgebungsprozesses zu vertreten. Als Vorlage dient die tatsächlich verhandelte „Akku-Richtlinie“, die im September 2006 in Kraft trat und die Vermarktung von Batterien sowie das Recycling von Altbatterien neu regelte.

Die Teilnehmer verkörpern während des Planspiels alle am Prozess beteiligten Gremien und Akteure, wie die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ministerrat sowie die Medien und Lobbyisten.

Um ihre jeweilige Rolle so wirklichkeitsnah wie möglich ausfüllen zu können, erhalten sie vorab ausführliche Informationen zu den Themenpositionen

der handelnden Personen, wie zum Beispiel des damaligen Bundesumweltministers Jürgen Trittin. Es gilt übrigens derselbe Verhaltens- und Dresscode wie in Brüssel oder Straßburg.

„Um hier erfolgreich bestehen zu können, ist vor allem rhetorisches Geschick gefragt. Außerdem lernen die Jugendlichen, Kompromisse einzugehen, wenn sie argumentativ an Grenzen stoßen oder sich Partner zu suchen, um eigene Standpunkte darzulegen und durchzusetzen“, erklärt Birgit Geiselbrechtinger von der Abteilung Personalmarketing der Fraunhofer-Gesellschaft. Die Akademieleiterin bietet das Planspiel in diesem Jahr mit der Akademie für Politische Bildung Tutzing an.

Lorenz Goslich im STARNBERGER MERKUR vom 16. Juli 2012:

### Münch warnt vor europäischem Bundesstaat

Ursula Münch hat ihre Feuerprobe bestanden: Bei ihrem ersten Sommerfest trat die neue Tutzingener Akademiechefin souverän auf – und scheute Kritik an der aktuellen Politik nicht.

... In Oberreiters Tradition blieb Münch mit kritischen Anmerkungen zur aktuellen Politik. „Der Hinweis auf die Alternativlosigkeit eines Schrittes oder einer Maßnahme reicht nicht“, mahnte sie zum Beispiel. Anschließend gefragt, ob sie damit die entsprechende Formulierung der Bundeskanzlerin gemeint habe, erwiderte sie ausweichend, so hätten sich auch schon andere geäußert. Münch warnte nach-

drücklich vor einer Volksabstimmung über einen europäischen Bundesstaat, die von Bundesverfassungsgerichtspräsident Andreas Voßkuhle gefordert und von führenden Politikern quer durch die Parteien begrüßt worden ist. Ihnen allen schrieb sie ins Stammbuch: „Jede Diskussion über eine Alternative zu unserem Grundgesetz erscheint mir überflüssig.“ Die einzelnen Länder würden dann keine Rolle mehr spielen, sondern „höchstens noch eine folkloristische Note haben“.

In der Bevölkerung, sagte sie recht deutlich, häuften sich Zweifel daran, dass die Politiker tatsächlich über die

Handlungskompetenz und die Entscheidungsmacht verfügten, die derzeitigen Krisen zu lösen. Dabei verwies sie darauf, dass sich die Risiken keineswegs auf die Fiskalpolitik beschränkten, sondern dass es sich gleich um mehrere Krisen handle: die Finanz-, die Banken- und die Staatsschuldenkrise. Die Verantwortlichen seien zum Teil „viel zu nachsichtig, vielleicht nachlässig“ gewesen – so bei der Überwachung der Kriterien, aber auch bei den Diskussionen über den EU-Beitritt von Ländern wie Bulgarien oder Rumänien.

*(siehe Bericht Seite 22)*

Werner vom Busch in der MAINPOST vom 2. Oktober 2012:

### Birmas spannende Reformgeschichte

Die Entwicklung ist wie eine Springflut: Innerhalb von elf Monaten hat sich die Zahl der deutschen Touristen, die nach Birma reisen möchten, mehr als verdoppelt und die Preise der Hotels ebenfalls. Endlich kann man Birma so bereisen, wie man es möchte. Wie kommt es zu dieser Entwicklung?

Bei einer Südostasien-Konferenz der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und der Bundeszentrale für politische Bildung machte sich der indische Sicherheitsexperte Prem Mahadevan, der für einen schweizerischen Thinktank arbeitet, daran, dieses Phänomen zu erklären. Dabei wurde dem Auditorium eines schnell deutlich: Die Birma-Story ist derzeit die spannendste Entwicklung in Südost-

asien. Denn scheinbar aus dem Nichts heraus fing die burmesische Militärdiktatur, die noch 2007 das Volk blutig unterdrückt hatte, an, das Land und die Politik zu reformieren. ...

... Doch in den letzten acht Monaten hat sich die Geschwindigkeit, mit der sich dieses Land reformiert, beschleunigt. Die Währung wurde freigegeben, Verhandlungen mit anderen Ländern, unter anderem auch der Bundesrepublik, wurden aufgenommen, das Verhältnis zur National League for Democracy (NLD) der Widerstandskönigin Aung Sang Suu Kyi, hat sich verbessert. Das Resultat: Die EU hob die seit Jahren bestehenden Sanktionen gegen Birma auf, und 2011 besuchte US-Außenministerin Hillary Clinton das Land, erstmals seit 1955. ...

Doch ist der Reformprozess unumkehrbar? Nein, meint der indische Sicherheitsexperte – und das gelte für beide Seiten, also für Birma und den Westen. Doch vieles spricht dafür, dass die Reformen weitergehen. ...

Mahadevan machte klar: in drei Jahren entscheidet es sich, ob der Prozess der Reformen in Birma fortgesetzt wird. 2015 gibt es Wahlen in diesem Land und dann wird sich zeigen, inwieweit die Militärs bereit sind, eventuelle Verluste der von ihnen favorisierten USDP zu akzeptieren und Birma weiter seinen Weg hin zu einer demokratischen Entwicklung gehen lassen

Blanche Mamer in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 13. Oktober 2012:

### Macht der Wörter

„Ich fühle mich wie in einem kleinen Theater“, begrüßte Lutz Rathenow die Zuhörer, die in die Tutzinger Akademie für Politische Bildung gekommen sind, um einen Abend lang mehr von „Grenzüberschreitungen. Prosa aus und nach der DDR“ zu erfahren.

Lutz Rathenow ist nicht nur Schriftsteller, er war einer der bekanntesten Dissidenten der DDR und ist seit März 2011 sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen. Und ja, es trifft zu, seine eigenen Stasi-Akten umfassen 15 000 Seiten. ...

Schon bald funkeln die Augen ironisch und die Stimme klingt gar nicht mehr freundlich, als er über die Mauer spricht und die Grenze und über die

Gleichgültigkeit von West-Besuchern, die einzelne Aspekte sogar „niedlich“ fanden. Oder die in seinen Augen absurden Vorschläge von 1988, als eine Diskussion über die Mauer kaum noch stattfand. Eine Öffnung hätte demnach so aussehen können, dass verriegelte DDR-Busse nach West-Berlin und wieder zurück rasen. Und das dreimal die Woche, dann hätte die DDR – dieses Land aus drei Buchstaben, wie ein Insektenvernichtungsmittel, wie Rathenow sagte – ihr Versprechen gehalten und genügend Ost-Berliner nach West-Berlin gelassen.

Es ist das Spiel mit den Möglichkeiten und der Spiegelungen, das ihn fasziniert, wie in der Kurzgeschichte von

2010, in der er beschreibt, wie einer, der nur noch schlecht über seinen Staat dachte, die Idee hatte, die Öffnung der Landesgrenzen zu beantragen. Das tat er schriftlich. Und als es kurz danach geschah, beantragte er die Beseitigung des Staates, innerhalb eines Jahres. Als auch das geschah, erschrak der Antragsteller über die Kraft seiner Worte und zog weit weg, wo die Worte keine Allmacht mehr hatten.

Zwischen seine politischen und literarischen Texte streut Rathenow, fast im Plauderton, bitterböse Kommentare ein, die bei der Wende nicht halt machen. ...

*(siehe Bericht Seite 29)*

Katja Sebold in der Starnberger SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 16. Juli 2012:

### Liebermanns Kosmos

... Seit mehr als vierzig Jahren kommentiert Erik Liebermann, Jahrgang 1942 und Absolvent der Ulmer Hochschule für Gestaltung, mit seinen Karikaturen das Zeitgeschehen. Sie erscheinen in zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften, unter anderem auch in den Publikationen der Akademie für Politische Bildung. Einige davon sind gleichsam zeitlos und zeigen den ganz normalen Menschen in seinem ganz normalen Scheitern vor den Anforderungen des Alltags. Die weitaus meisten aber haben oder hatten eine tagesaktuelle Brisanz: erst das Waldsterben, der Klimawandel, der Rinderwahnsinn in der Buchstabensuppe. Später die Vermessung des Normschülers mit der

Pisa-Schieblehre und unerwartete Komplikationen beim 3D-Fernsehen. Schließlich greifen bei der „Nordic Krötenwanderung“ auch die Amphibien zu den Stöcken, und die Großeltern servieren dem Enkel das Frühstücksei auf dem „Ei-Pad“. Der Pfarrer predigt von der Autobahnbrücke, seine Schäffchen stauen sich in Richtung Sommerurlaub und lassen allenfalls die Autoscheiben runter, um Gotteswort und Segen zu empfangen.

Es gibt „Cartoons to go“, und nicht zuletzt gelangt man nun mittels QR-Code auf dem Grabstein direkt zum Facebook-Profil des Verstorbenen. ... Liebermann kritisiert scharf, aber nie-

mals böse oder gar bitter, vielmehr schafft er einen liebenswert-merkwürdigen Kosmos zum Schmunzeln und Staunen. Besonders bezaubernd sind seine Objektkollagen, in denen „Spaghetti aus eigenem Anbau“ aus dem Papier wachsen oder der Mond mit einem echten Vorhang zugehängt wird, wenn Finsternis angesagt ist.

Kleine Plastikfiguren steigen aus dem Fernseher, pralle rosarote Schweine tummeln sich als „völlig neue Gattung von Meerschweinchen“ in den Welten wie die Nixen auf Böcklins Gemälden. ...

Die Ausstellung ist bis Mitte Dezember verlängert.

Thomas Lochte im STARNBERGER MERKUR vom 12. Juli 2012:

## Mein lieber Mann, Liebermann

Politische Akademie Tutzing präsentiert „Anton Glupsch“ – Karikaturen zum Nachdenken

Er macht nur ungern viele Worte, denn in den meisten Fällen lässt Erik Liebermann seine gezeichneten, teilweise farbig aquarellierten Karikaturen für sich sprechen, genau genommen einen gewissen „Anton Glupsch“: Diese humoristische Identifikationsfigur sei dem gebürtigen Münchner schon im Jahre 1969 „über den Zeichentisch gelaufen“. Jenes permanent stauende Wesen mit dem Mantel und dem buchstäblich aufgesetzten Geschau war wohl auch schuld daran, dass aus dem studierten Industrie-Designer Liebermann, Jahrgang 1942, einer der bekanntesten Cartoonisten des Landes wurde – Herr „Glupsch“ ist den Menschen durch seine jahrzehntelange Präsenz in deutschsprachigen Zeitungen, Zeitschriften und Büchern heute jedenfalls so vertraut wie Loriots Knollen-Nasen.

Liebermann ist auch ein zeichnerischer Wegbegleiter der Politischen Akademie Tutzing, wo er aktuell mit seiner Ausstellung „Cartoons“ vertreten sein wird: „Wir haben seine Arbeiten immer wieder zur Illustration unserer Tagungsberichte verwendet“, berichteten die Direktorin Ursula Münch und Tagungsleiter Michael Schröder bei der Vernissage. Ob „Akademie-Report“ oder die auflagenstärkere „ADAC-Motorwelt“ – Qualität und nicht Quantität zähle, so Münch mit Blick auf Liebermanns vielseitiges Schaffen.

Dem neuen Akademie-Trakt und dessen beträchtlichen Wandflächen bekommen die vom Künstler persönlich

aufgehängten Werke allein durch ihre Farbigkeit ganz hervorragend. Die Ausstellung liefert nicht nur ein Statement Liebermanns, sie hebt auch seine häufig zeitlose Betrachtungsweise gegenüber dem stetig beschleunigten Wandel aller Lebensumstände hervor.

Liebermann lässt den Betrachter innehalten, regt zum Nachdenken jenseits des (politischen) Tagesgeschäfts an. Der Mensch in der technisierten Gesellschaft, der mediale Overkill, die gefährdete Natur sind bevorzugte Themen. Dieser sanfte Beobachter denkt alltägliche Absurditäten noch ein Stück weiter, überzeichnet sie buchstäblich, kalauert zuweilen und konfrontiert dann seinen Anton Glupsch mit dem

Ergebnis. Liebermann weist ihm die Rolle des Unvoreingenommenen zu und wahrt sich dennoch ein gerüttelt Maß an Skepsis gegenüber der Moderne – der ewige Mantel des Herrn Glupsch ist auch Verweigerung von Mode, die Glupsch-Augen Ausdruck freundlicher Fassungslosigkeit.

Liebermann kann investigativ sein, etwa wenn er aus einer Buchstaben-suppe immer nur die Lettern „BSE“ herauslöffelt. Und er kann ein Philosoph sein, wenn er aus dem Wort „PECH“ das „C“ abmontiert, um es bei „GLÜCK“ wieder einzufügen. Man könnte das als „dekonstruktivistisch“ bezeichnen, oder aber auch mit Michael Schröder sagen: „Mein lieber Mann!“



Zeichnung: Liebermann

# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## Januar

2-2 10. Januar

**„Entzugskost“ – Zum 70. Jahrestag des Hungererlasses  
des Bayerischen Innenministeriums**

In Kooperation mit der Bayerischen Beauftragten für die Belange  
von Menschen mit Behinderungen

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

*Außenveranstaltung in München*

2-1 11. – 13. Januar

**Erziehung und Gewalt**

**Ehemalige Heimkinder in der Bundesrepublik und der DDR (1949 bis 1975)**

In Kooperation mit dem Landesverband katholischer Einrichtungen  
und Dienste in Bayern e.V.

Leitung: Michael Mayer / Michael Spieker / Monika Deuerlein

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

3-3 14. – 15. Januar

**Europa auf Wanderung. Die Freizügigkeit in der EU**

In Kooperation mit der Interkulturellen Akademie der Inneren  
Mission München – Diakonie in München und Oberbayern e.V.

Leitung: Ondrej Kalina

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

3-1\* 16. – 18. Januar

**Migration und Entwurzelung**

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Hausfrauen-Bund

Leitung: Anja Opitz / Hanne Egger

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

3-4\* 16. – 18. Januar

**Internationale Politik auf dem Prüfstand**

In Kooperation mit der Sanitätsakademie der Bundeswehr

Leitung: Anja Opitz

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

**E-Mail-Adressen der Sekretariate:**

<b>Renate Heinz</b> (Sekretariat der Direktorin)	R.Heinz@apb-tutzing.de
<b>Ina Rauš</b>	I.Raus@apb-tutzing.de
<b>Heike Schenck</b>	H.Schenck@apb-tutzing.de
<b>Karin Sittkus</b>	K.Sittkus@apb-tutzing.de
<b>Alexandra Tatum-Nickolay</b>	A.Tatum-Nickolay@apb-tutzing.de
<b>Simone Zschiegner</b>	S.Zschiegner@apb-tutzing.de

# Themen Tagungen Termine

---

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

4-1\* 21. – 25. Januar

**Frieden und Sicherheit als Aufgabe der internationalen Politik**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Anja Opitz / Evelin Mederle

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

4-2\* 21. – 25. Januar

**Ethik und Politik**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

4-3 25. – 27. Januar

**Armee im Abseits – Die Bundeswehr in Politik und Gesellschaft**

Leitung: Ursula Münch / Anja Opitz

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

5-2\* 28. – 30. Januar

**Politischer Extremismus – Gefahr für die Demokratie**

In Zusammenarbeit mit der Initiative „Schule ohne Rassismus –

Schule mit Courage“ und dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München

Leitung: Michael Schröder / Michael Schneider-Koenig

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

5-1\* 30. Januar – 1. Februar

Diskurs Gute Wissenschaft III

Leitung: Michael Spieker / Michael Schröder / Katharina Zöllner

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

---

## F e b r u a r

---

6-2\* 4. – 6. Februar

**EuropaPolitik erleben!**

Eine Politiksimulation zur Europäischen Union

Leitung: Robert Lohmann

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

6-3\* 6. – 8. Februar

**Wahlberichterstattung besser gemacht!**

Redaktionskonferenz für Lokaljournalisten

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Michael Schröder / Berthold L. Flöper

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

6-1\* 8. – 10. Februar

## **Visual Histories of the United States**

Tagung der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien e.V.

Leitung: Michael Mayer

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

8-1\* 18. – 22. Februar

## **Fakultas in Sozialkunde: Politische Systeme**

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien

5. Sequenz / 1. Lehrgang

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gero Kellermann / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

8-2\* 18. – 22. Februar

## **Die Zukunft der Europäischen Union**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Wolfgang Quaisser / Evelin Mederle

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

8-7\* 19. – 20. Februar

## **Schülerakademie: EuropaPolitik erleben!**

Eine Politiksimulation zur Europäischen Union

In Kooperation mit dem Jean-Monnet-Lehrstuhl für

Europäische Politik, Universität Passau

Leitung: Ondrej Kalina / Robert Lohmann

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

*Außenveranstaltung in Passau*

8-3 22. – 24. Februar

## **Europa – wohin? Weichenstellungen für die Zukunft der EU**

Leitung: Ondrej Kalina

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

8-4 24. – 27. Februar

## **Tutzingener Didaktikforum**

### **Planspiele in der politischen Bildung**

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Michael Schröder / Detlef Dechant

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

**Internet: [www.apb-tutzing.de](http://www.apb-tutzing.de)**

**[www.facebook.com/APBTutzing](https://www.facebook.com/APBTutzing), [www.twitter.com/APBTutzing](https://www.twitter.com/APBTutzing)**

**[www.youtube.com/APBTutzing](https://www.youtube.com/APBTutzing)**

# Themen Tagungen Termine

---

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

9-1 25. – 28. Februar

### **3. Philosophische Studienwoche: Gott in der Politik?**

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

9-2 28. Februar – 2. März

### **Frieden mit und ohne Grenzen**

In Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft für Frieden und Konfliktforschung e.V. und der Evangelischen Akademie Villingst

Leitung: Anja Opitz / Uwe Trittman / Christoph Weller

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

---

## M ä r z

---

10-1\* 4. – 8. März

### **Geschichte und Sozialkunde an der FOS/BOS**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Mayer / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

10-2\* 4. – 8. März

### **Die Gemeinde als politischer Handlungsraum**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gero Kellermann / Barbara Keppeler

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

10-4 8. – 10. März

### **Kranke Gesellschaft?**

### **Psychische Folgen von Ökonomisierung und Beschleunigung**

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

11-3\* 11. – 13. März

### **Schülerforum Politik: Feindbild Globalisierung?**

Leitung: Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

11-5 11. – 13. März

### **Schreiben gegen Rechts**

Journalisten-Workshop

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

# Themen Tagungen Termine

---

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

11-4\* 12. März

## **Science Fiction oder Wirklichkeit?**

### **Rechtliche und ethische Herausforderungen von Hightech**

In Zusammenarbeit mit dem Asam-Gymnasium München

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

11-1\* 14. März

## **Diskurs Gute Wissenschaft: Abschlußveranstaltung**

Leitung: Michael Spieker / Michael Schröder / Katharina Zöller

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

11-2 15. – 17. März

## **Großprojekte in der Demokratie –**

### **Die zukünftige Gestaltung von Infrastrukturen**

In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau

Leitung: Ursula Münch / Ondrej Kalina / Gero Kellermann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

12-3 20. – 21. März

## **„Wie die Statistik belegt ...“**

### **Workshop zur Messbarkeit von Kriminalitätsfurcht**

#### **und wahrgenommener (Un)Sicherheit**

In Zusammenarbeit mit dem Forschungsverbund

Sicherheit im öffentlichen Raum (SIRA)

Leitung: Ursula Münch / Mathias Bug

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

12-2 22. – 24. März

## **Wirtschaftskrisen: Historische und aktuelle Dimensionen**

Leitung: Michael Mayer / Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

## April

---

14-3\* 2. – 4. April

## **EuropaPolitik erleben!**

### **Eine Politiksimulation zur Europäischen Union**

Leitung: Robert Lohmann

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

14-2 5 – 7. April

## **Krisenmanagement?**

### **Die internationale Gemeinschaft und der Nahost-Konflikt**

In Kooperation mit der Gesellschaft für die Vereinten Nationen

(DGVN) Landesverband Bayern e.V.

Leitung: Michael Mayer / Anja Opitz / Martin Pabst

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

# Themen Tagungen Termine

---

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

15-1\* 8. – 10. April

## **Politischer Extremismus**

### **Staatsbürgerliche Bildung am Gymnasium**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Siegfried Münchenbach / Gerhard Hammer

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

15-2\* 8. – 10. April

## **Methodik und Didaktik des Sozialkundeunterrichts an Realschulen**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

15-3\* 8. – 10. April

## **Methodik und Didaktik des Sozialkundeunterrichts am Gymnasium**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Siegfried Münchenbach / Wolf Weigand

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

15-4\* 10. – 12. April

## **Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung an Realschulen**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

15-5 12. – 14. April

## **Wahlen in Bund und Freistaat: Themen, Strategien, Perspektiven**

Leitung: Ursula Münch / Jörg Siegmund

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

15-7 13. April

## **Über Unterbayern**

Bayerisches Musikkabarett mit Hans Well und den Wellbappn

Leitung: Ursula Münch

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

15-6 14. – 19. April

## **Solving ethno-national conflicts in Europe:**

### **An example to the rest of the world?**

### **European capabilities and prospects in solving problems within and beyond the nation state**

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Ursula Münch / Ondrej Kalina / Hans-Georg Lambert / Franz Kiefer

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

# Namen und Nachrichten

## aus der Akademie

### DIREKTORIN

**Prof. Dr. Ursula Münch** hielt anlässlich der Herbstklausur der FDP-Landtagsfraktion in Herzogenaurach einen Vortrag zum Thema „Politische Bildung und Demokratiepädagogik“; auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises Oberbayern der CSU ein Referat über die „Versprechen der Demokratie“.

Vor dem Verein für Fraueninteressen e.V. in München sprach sie über das „Politische Engagement von Frauen“.

### KOLLEGIUM

**Dr. Ondrej Kalina** gibt im laufenden Wintersemester 2012/13 als Lehrbeauftragter am Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik der Universität Passau ein Hauptseminar zum Thema „Nationale Regierungen in der Europäischen Union: Konstellationen – Kohärenzen – Kooperationen“.

**Dr. Gero Kellermann** leitete ein Seminar im Rahmen der von der Studienstiftung des deutschen Volkes durchgeführten Sommerakademie im Hochalpinen Institut im schweizerischen Ftan. Die Sommerakademie richtete sich an Stipendiaten der Studienstiftung sowie des Max-Weber-Programms der bayerischen Elitenförderung. Gemeinsam mit Prof. Dr. Uwe Kranenpohl von der Evangelischen Hochschule Nürnberg widmete er sich dem Thema „Direkte Demokratie – Bessere Demokratie?“

### BEIRAT

**Dr. Heinrich Olmer**, Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde Bamberg, ist Ende August im Alter von 63 Jahren gestorben. Olmer war seit 2001 Direktoriumsmitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland und seit 2005 Vizepräsident des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern. Die Akademie und ihre Gremien trauern mit den Angehörigen und seinen Freunden. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Dr. Michael Mayer** sprach auf der 7. Konferenz der deutsch-russischen Historikerkommission in Tscheljabinsk zum Thema „Alte und neue Ostpolitik als Generationenfrage – Die Bundesrepublik und die Sowjetunion zwischen Adenauer und Brandt am Beispiel der Erdgas-Röhren-Geschäfte“. Im Wintersemester 2012/2013 hält er an der Universität Augsburg ein Proseminar mit dem Titel „Der neue Historikerstreit: Das Auswärtige Amt im Dritten Reich und der Bundesrepublik“.

**Dr. Michael Schröder** referierte im Goethe-Institut München über aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Fragen in Deutschland und Europa ein Jahr vor der Bundestagswahl. Er wurde auf der Mitgliederversammlung des Landesverbandes Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung wieder einstimmig zum Stellvertretenden Vorsitzenden und Schriftführer gewählt.